

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 169.

Freitag, den 22. Juli 1910.

17. Jahrg.

Hierzu 1 Beilage und „Die Neue Welt“.

Demokratie und Sozialismus in Australien.

Auf Australien richtet sich gegenwärtig wieder die Aufmerksamkeit der Sozialpolitiker in besonderem Maße. Nicht nur deshalb, weil der Sieg der Arbeiter bei den letzten Wahlen zum Bundesparlament mit einer erheblichen Majorität errungen worden ist, sondern vor allem auch deshalb, weil die Arbeiterpartei in ihrem Wahlprogramm auch für „Staatsmonopole“ und für eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit eingetreten ist. Denn nun, nachdem die Arbeiter wieder die Fäden der Regierung ergriffen haben, sind diese Forderungen zu Aufgaben geworden, für deren Durchführung die Regierung verpflichtet ist. Man kann also erwarten, daß, wenn die Arbeiterpartei längere Zeit an der Regierung bleibt, mit der Verstaatlichung von Industrie in Australien begonnen und die erste Arbeitslosenversicherung großen Stils durchgeführt werden wird.

Warum bisher in Australien von den staatssozialistischen Ideen, die im Programm der australischen Arbeiterpartei zum Ausdruck kommen, noch nichts verwirklicht werden konnte, erklärt Professor Schachner in seinem großen Werk über Australien. Vor allem, sagt er, steht in Australien das Bild der individualistischen Oberhäuser entgegen. „Der sozialistischen Neuordnung muß die volle Entwicklung des Demokratismus vorangehen: In den Besitz der politischen Macht zu kommen, das ist die Voraussetzung für die Durchführung des Parteiprogramms und darum hat das Arbeiterministerium Price damit begonnen, die Art an das Oberhaus zu legen und seine Kraft zu schwächen, da das Füllen noch nicht gelingen kann.“

In Australien befindet sich die Arbeiterpartei in derselben Lage wie die Liberalen in England: Das Oberhaus hemmt sich ihren Bestrebungen entgegen. Nun ist freilich der konservative Widerstand in Australien ein sehr morscher. Das Land hat weder einen Militarismus, noch eine Bürokratie, und keine Geburts- noch eine Geldaristokratie. Mit den auf lönnernen Füßen stehenden Oberhäusern fertig zu werden ist daher in Australien eine leichtere Sache, als etwa der Kampf des englischen Unterhauses mit dem Hause der Lords, von Deutschland ganz selbstverständlich nicht zu reden.

Aber gegenüber rein sozialistischen Forderungen haben auch die Oberhäuser in Australien eine stärkere Stütze im Volke als gegenüber anderen Forderungen, weil es auch in der Arbeiterpartei noch Elemente gibt, die für den Sozialismus noch nicht reif sind und weil die anderen Parteien mit all ihrer Macht den Sozialismus bekämpfen. Die bisherigen Arbeiterministerien waren auch nicht etwa rein sozialistisch. Die Majorität des Ministeriums Daglish in Westaustralien war durch einige Parteiloje begründet, das von Price in Südastralien durch einen fortschrittlichen Bund der Landwirte, die Ministerien Watson und Fisher hatten Parteien zu Verbündeten, die den Antisozialismus bei den Wahlen auf die Fahne geschrieben hatten und Projekten, wie Staatsbank, Verstaatlichung der Tabakindustrie usw., kein Verständnis entgegenbrachten.

Alle diese Ministerien kämpften bereits gegen die Oberhäuser, die ihre Pläne durchkreuzten. Der Premierminister Thomas Price in Südastralien, der Steinweg, dann Sekretär der Maurer- und Steinweggewerkschaft gewesen war und am 30. Mai des vorigen Jahres gestorben ist, erreichte dabei ein besseres Wahlrecht zum Oberhaus. Price war Sozialist, und Schachner erzählt, der Augenblick sei ihm unvergeßlich, wie der Ministerpräsident Price am 14. Oktober 1906 im Ausstellungspalast vor 10 000 Personen gegen die Besitzenden donnerte und die Masse so begeisterte, daß sich die Arbeitermarschallkette in gewaltiger Tomnacht aus ihren Reihen löste. Wenn sich die politische Herrschaft der Arbeiter befestigt haben wird, dürfte in ganz Australien der Kampf gegen die Oberhäuser entbrennen und deren Lage gezählt sein. In den Oberhäusern sitzen auch Arbeiter; aber sie sind in der Minorität.

Außer den Oberhäusern steht den Bestrebungen der Arbeiterpartei aber auch noch eine andere Rückständigkeit entgegen. Überall ist nämlich noch das Wahlrecht für die Gemeindeparlamente durch einen hohen Zensus beschränkt, der den Arbeitern eine Vertretung in den Stadtparlamenten einfach unmöglich macht. Daß ein solcher Zustand in einem demokratisch so ausgebildeten Land wie Australien möglich ist, erklärt sich aus der bisherigen Gleichgültigkeit der Arbeiter gegenüber der Kommunalpolitik. Auch diese hat ihre Erklärung. Der Aufgabenkreis der Gemeinden ist in Australien eng begrenzt. Schulwesen, Armenwesen, Wohnungs-

wesen und anderes mehr unterstehen der Regelung durch den Staat. Und überall beengen Gesetze, Staatsbefugnisse oder ältere Rechte anderer öffentlicher Körperschaften das Eigenleben der Gemeinden. Während aber unter der zentralen staatlichen Verwaltung Schulwesen, Armenwesen, Gesundheitswesen naturgemäß in der Entwicklung gehindert sind, bildet sich auch kein reges Gemeindeleben heraus, und das Interesse für die kommunale Politik wurde nicht wach. Die alten Gemeindevorstände blieben deshalb immer bestehen; nur Sidney und Neu-Seeland haben demokratische Wahlrechte für das Gemeindeparlament. Dadurch blieben aber auch die Gemeindeverwaltungen in der Gewalt der Kapitalisten. Nun erst beginnen die Arbeiter überall ein demokratisches Wahlrecht für die Gemeindevorstände und eine Selbstverwaltung der Kommunen und eine Erweiterung deren Aufgaben zu verlangen.

In Australien sind also, trotz des Wahlrechts vom 21. Lebensjahre an für Männer und Frauen zu den Parlamenten, noch große demokratische Reformen durchzuführen, bevor eine Sozialisierung beginnen kann. Die Arbeiter Australiens sind auch nicht Sozialdemokraten in dem Sinne, wie es in Deutschland aufgefaßt wird. William Pember Reeves, der Unterrichts- und Arbeitsminister in Neu-Seeland war und jetzt Generalagent der Kolonie in London ist, erklärte stets, auch in der Kammer, er sei Sozialist, und seine eigenen Maßnahmen nannte er Palliativmittel, die zu keinem vollkommenen Ergebnis führen würden, solange die Menschheit nicht auf ihr derzeitiges System der Hervorbringung und des Austausches von Gütern verzichtet hätte. Auf die Frage, warum er als Minister nichts für die Verstaatlichung der Betriebe getan, sagte er zu André Siegfried: „Ich erkläre mich selbst für einen Sozialisten... in dem Sinne, daß ich mit Freuden jede Vergrößerung der Befugnisse des Staates begrüße und ein tiefeingewurzeltetes Mißtrauen gegenüber den Finanzleuten und Kapitalisten hege. Aber verstehen Sie wohl, daß mein Sozialismus auf die Erfahrung gegründet und praktisch ist. Niemals habe ich etwas um... der Anwendung eines Prinzips getan, wenn ich nicht zu gleicher Zeit einen wirklichen und unmittelbaren Vorteil sah, der sich daraus ergeben könnte... Wenn ich niemals versuchte, eine Industrie zu verstaatlichen, so geschah das... weil ich den richtigen Augenblick für diese Art von Reformen noch nicht für gekommen hielt.“

So denken die Sozialisten in Australien wohl allgemein. Ihre Anschauung deckt sich im wesentlichen mit denen der Fabler in England. Aber im Kampf mit den Kapitalisten und gegen die Ausbeutung werden sie ganz natürlich auf sozialistische Bahnen gedrängt, auf denen sich Australiens fernere Entwicklung bewegen wird, wenn die Arbeiter an der politischen Macht bleiben und diese befestigen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Drehscheibe.

Eine nette Charakteristik der Nationalliberalen veröffentlicht Albert Traeger in einem auswärtigen Blatt. Es heißt da:

„Raum ist eine gefällige Schöne jemals brünstiger umworben worden, als die nationalliberale Partei zurzeit von den hügigen Blockstetern. Ein gar lustiges Mienenspiel mit schmachtemdum Girren und drohendem Ungeflüm. Zum Teil ist sie schon gewonnen, die vielspaltige Hulbin mit den wandelbaren, widerspruchsvollen Seelen. Sind sie denn überhaupt noch eine Partei, die sogenannten Nationalliberalen, die nicht nur in den verschiedenen Parlamenten wie auch in den einzelnen Wahlkreisen einander kaum noch ähnlich sehen? Im preussischen Abgeordnetenhaus, dem Sitz der Unähnlichsten, haben sie bei der Wahlrechtsvorlage das unverdientliche Glück gehabt, den Ruhm der Standhaftigkeit zu erringen, während den Preis ihres Unfalles selbst der Block zu zahlen weigerter. Die Drittelung der Wähler im ganzen Wahlbezirk schließt die Sozialdemokraten von der Volksvertretung aus, für die vereinigten Reaktionen gemäß ein lockendes Ziel, und doch verschmähten sie, den Nationalliberalen dahin zu folgen. Diese aber wurden getrieben durch den scharfen Wind, der jetzt aus der rheinisch-westfälischen Ecke bläst, wo ihre potentesten und darum vielleicht unsozialsten Elemente häufen. Die Junker der hohen Schlote, die den Sunkern der hohen Halme in manchen Stücken noch über sind, Beflagter Wind droht sogar den Führer Baffermann, den Gemont der mittleren Linie, umzublasen. Ein in mancher Hinsicht sehr tüchtiger und sogar zuverlässiger Mann von angenehmer Erscheinung.“

* Siehe Band III der Modernen Wirtschaftsprobleme, Berlin 1909.

der sich nur noch nicht ganz zu der Erkenntnis durchgerungen hat, daß seinen Reichen die Hauptpflicht des Führers ist, sich führen zu lassen. Diese Pflicht anerkennen die Nationalliberalen auch für sich selbst, sie wollen durchaus überall dabei sein und sind erbötig, alles mitzumachen, wenn nur der Schein gewahrt bleibt, im äußersten Falle auch ohne das. Natürlich schätzen sie sich sehr hoch ein in dem Glauben, der Mittelpunkt, wenn auch nicht gerade der Welt, so doch des Parlamentes zu sein, und diese frohe Zuversicht ist seinerzeit von dem Unternehmer des Bülowblocks mit kluger Besonnenheit genährt und gefestigt worden. Sie hatten sich noch heute für die Hüter des echten Blockgedankens, die Ritter des heiligen Gral.“

Politische landwirtschaftliche Vereine.

Die landwirtschaftlichen Vereine Ostpreiens wollen sich jetzt mehr um politische Dinge kümmern. Sie waren zwar auch bisher nicht gänzlich neutral, obwohl die Vereine nur zur Erörterung rein technischer Fragen gegründet worden sind, sondern haben stets die Politik der Agrarier recht kräftig durch finanzielle Mittel unterstützt. Dies soll nach wie vor geschehen; in weit größerem Maße aber als bisher, will man jetzt in den Vereinen politische Fragen erörtern. In der letzten Sitzung des landwirtschaftlichen Vereins im Riesengebirge erklärte ein Bundeshauptling, Herr Schäffer aus Krummholz, ohne Widerspruch zu finden: In der Erörterung politischer Dinge sollten die landwirtschaftlichen Vereine nicht so schüchtern sein. Wenn der Bund der Industriellen und die Handelskammern die Politik vollständig ausschließen, würden sie ihr eigenes Grab graben. Soweit es das landwirtschaftliche Gewerbe betreffe, müßte auch in den landwirtschaftlichen Vereinen die Politik erörtert werden. Er, Rechner, möchte daher empfehlen, das Programm der landwirtschaftlichen Vereine einer Revision zu unterziehen. Dem bisherigen Zustande haben wir es zuzuschreiben, daß heute in landwirtschaftlichen Vereinen sich politische Strömungen geltend machen, die uns durchaus nicht freundlich gegenüberstehen. Wir müssen dahin kommen, wohin andere Berufsstände schon längst gekommen sind, daß wir sagen, wer nicht mit uns ist, ist wider uns.

Zur Frage der Schiffsabgaben.

Der „Verein Hamburger Reeder“, dessen spiritus rector der Generaldirektor Ballin ist, äußert sich in seinem letzten Jahresbericht zur Frage der Einführung von Schiffsabgaben folgendermaßen:

„Da trotz aller gegenteiligen Erklärungen der österreichischen Regierung nach der bisherigen Entwicklung der Angelegenheit damit gerechnet werden muß, daß auch eine Abänderung des zwischen dem Norddeutschen Bund und Österreich am 22. Juli 1870 geschlossenen Vertrages erfolgt, so liegt für Handel und Verkehr die wenig erfreuliche Notwendigkeit vor, sich mit der in absehbarer Zeit erfolgenden Einführung von Schiffsabgaben auf der Elbe vertraut zu machen. Leider kann auch unter Berücksichtigung der Bestimmungen des neuen Entwurfs nicht behauptet werden, daß der Verkehr durch die Einführung der Abgaben bestimmt eine Förderung erfahren wird. Namentlich vermischen wir einen ausreichenden Nachweis über den erwarteten wirtschaftlichen Nutzen der geplanten Stromverbesserungen und dessen Verhältnis zu der Höhe der in Aussicht genommenen Abgaben. Erst wenn es sicher ist, daß jener Nutzen die Belastung durch die Abgaben übertrifft, kann von einer verkehrsfördernden Wirkung des ganzen Planes gesprochen werden. Da hierfür keine auch nur einigermaßen eingehende Berechnung vorliegt, muß die Einführung von Schiffsabgaben als ein gewagter Versuch bezeichnet werden.“

Einwirkung der Armenunterstützung auf öffentliche Rechte.

Der Gesetzentwurf betreffend die Einwirkung der Armenunterstützung auf öffentliche Rechte scheint doch länger auf sich warten zu lassen, als nach der ersten Ankündigung anzunehmen war. Eine parlamentarische Korrespondenz teilt nämlich mit, daß es sich bei der geplanten Regelung nicht einfach darum handeln kann, Landesgesetze zu erlassen, die den Inhalt des schon geltenden Reichsgesetzes einfach übernehmen.

„Denn die Gebiete, auf die ein solches Gesetz in den Einzelstaaten seine Wirkung ausüben würde, sind von außerordentlicher Verschiedenheit. Für das Reich kommen neben dem Reichstagswahlrecht nur noch vereinzelte andere gesetzliche Vorschriften für die Änderung in Betracht.“

Ganz anders in den Bundesstaaten. Hier handelt es sich in erster Linie um die Landtagswahlgesetze, daneben um die Kommunalverfassungsgesetze der Kommunalverbände aller Grade, von den Provinzialordnungen bis zu den Landgemeindeordnungen. Diese Gesetze regeln die Frage der Armenunterstützung sehr verschieden, und zwar nicht bloß in bezug auf das städtische Bürgerrecht oder ländliche Gemeindegerecht, sondern auch hinsichtlich der

passenden Wahlfähigkeit und der Befähigung für Ehrenämter in der Verwaltung der Kommunalverbände. Weiterhin kommen andere Korporationsverfassungen in Betracht, wie die Schulverbände, die öffentlichen Genossenschaften und ähnliche korporative Vereinigungen, deren Verhältnisse von einem solchen Gesetz berührt würden. Aus diesem Grunde wird die Regelung der ganzen Frage für die Bundesstaaten weit schwieriger und zeitraubender sein, als sie es für das Reich gewesen ist.

Über die mittlere Politik des Kanzlers

Bei der neuen Wahlrechtsvorlage in Preußen erfahren die „Neuesten Nachrichten“, daß von einer Ausschaltung der Konservativen absolut keine Rede sei. Der Reichskanzler suche vielmehr einen Modus zu schaffen, in dem sich unter Ausschaltung der extremen Elemente auf beiden Seiten die bürgerlichen Parteien begegnen können.

Die Privatbeamtenversicherung.

Wie die „Post“ erfahren haben will, soll dem Reichstag bereits zu Weihnachten die Vorlage über die Versicherung der Privatbeamten zugehen. Zweifelhaft ist jedoch, ob es möglich sein wird, die Vorlage noch in dieser Session zu erledigen; denn der Arbeitsstoff, der vom Reichstag noch aufgearbeitet werden soll, ist außergewöhnlich umfangreich. Es sei nur an die Reichsversicherung und an die neue Strafsprozessordnung erinnert, auf deren Zustandekommen natürlich allgemein großer Wert gelegt wird.

Noch ein Opfer der Kieler Woche?

Der ultramontane „Augsburger Post-Zeitung“ wird aus Berlin gemeldet, daß zwischen dem Schatzsekretär Wermuth und dem Staatssekretär v. Tirpitz wegen der Staatsausstellung ein erbitterter Kampf ausgebrochen sei. Herr Wermuth habe einen starken Rückhalt, sowohl am Kaiser, als auch am Reichskanzler. Auffällig sei es auch gewesen, daß Herr v. Tirpitz bei seiner Anwesenheit in Kiel vom Kaiser recht kurz behandelt worden sei. Das ultramontane Blatt läßt durchblicken, daß die Lage der Amtstätigkeit des Herrn v. Tirpitz gezählt seien.

Zwei kommandierende Generale für ein Armeekorps.

Das erste (XII.) sächsische Armeekorps, das seinen Standort in Dresden hat, zählt gegenwärtig zwei kommandierende Generale; der eine befehligt momentan das Korps, der andere ist aber ebenfalls zum kommandierenden General desselben Korps ernannt, kann aber sein Amt nicht antreten, weil der jetzige Befehlshaber noch keine Neigung verspürt, seinen Posten aufzugeben. So berichtet die „Frankfurter Zeitung“, deren Meldung man für einen verspäteten Aprilscherz halten mußte, wenn sie nicht allen Ernstes, ja sogar beweiskräftig dargelegt würde. Im März teilte die der Regierung nahestehende konservative Presse mit, daß der bisherige kommandierende General des XII. Armeekorps seinen Abschied genommen habe, an seine Stelle der Leipziger Divisionskommandeur treten werde, der auch zum Korpskommandeur ernannt worden ist. Trotzdem blieb der bisherige Korpskommandeur weiter auf seinem Posten. Weil der neue Kommandierende deshalb nicht antreten konnte, wurde er derweil zu den Offizieren von der Armee versetzt, mit dem Standort Dresden. Dort wartet der Herr darauf, bis der jetzige Korpskommandeur seinen Posten verläßt. Wie das XII. Korps zu zwei kommandierenden Generalen gekommen ist, erzählt die „Frankfurter Zeitung“ wie folgt:

In privaten militärischen Kreisen erzählt man sich, der eigentliche kommandierende General habe, wie man dies ja auch nach einer recht beträchtlichen Reihe von Dienstjahren zu tun pflegt, zu einem allerdings an den Personalveränderungen im Geere nicht ganz unbeteiligten Herrn einmal ganz harmlos davon gesprochen, daß auch er einmal den Abschied werde nehmen müssen. Und davon hätten sehr bald diejenigen Instanzen gehört, die die Verabschiedungen und Beförderungen für die Entscheidung durch den Kriegsherrn vorzubereiten haben. Diese Instanzen hätten aber den völlig harmlosen Charakter der bezüglichen Äußerung nicht gekannt, vielmehr hinter ihr den ernststen Entschluß vermutet, ja gleich zu „gehen“, und so umgehend die neue Bewegung des Generalkommandos in die Wege geleitet. Zu ihrem Schrecken hätten sie aber sofort wahrnehmen müssen, daß dem bisherigen kommandierenden General des XII. Armeekorps nichts ferner gelegen hat als die Absicht sich schon jetzt in das Privatleben zurückzuziehen. Und da zwar dem Kriegsherrn das Recht zustehe, sogar einem kommandierenden General jederzeit den Abschied ins Haus zu schießen, der gegenwärtige sächsische Kriegsherr sich aber hierzu niemals entschließen würde, am allerwenigsten bei einem General, den er so hoch schätze, wie den kommandierenden General des XII. Armeekorps, so sei nur übrig geblieben, diesen General im Amte zu belassen, andererseits jedoch auch nicht möglich gewesen, die Ernennung des neuen kommandierenden Generals rückgängig zu machen. Dieses sehr wahrscheinlich nicht, weil dem betreffenden Herrn nach seiner Ernennung auch die Gehaltsverhältnisse eines kommandierenden Generals zustehe und sich in der sächsischen Armee keine andere Stellung für ihn ausfindig machen läßt, die ebenso hoch dotiert ist, wie die eines kommandierenden Generals.

Das ist allerdings ein geradezu tolles Stückchen, das sich die Militärverwaltung bezw. die in Betracht kommende Instanz geleistet hat. Für die Steuerzahler hat aber dieses militärische Schuldbürgerstückchen noch den unangenehmen Beigeizmack, daß dem neuernannten „Kommandierenden“ rund 18000 Mark Repräsentationsgelder neben dem Gehalt bezahlt werden müssen, ebenso auch alle sonstigen, einem Korpskommandeur zustehenden Gehaltsverhältnisse, ohne daß der Herr irgendeine militärische Tätigkeit zu verrichten braucht. Die Militärverwaltung tut sich stets sehr viel auf die angebliche Akkuratheit zugute, mit der bei ihr gearbeitet wird. Wie aber ist ein solcher Vorfall möglich, der wenig vertrauenerweckende Schlüsse zuläßt auf die Art und Weise, wie bei militärischen Personalveränderungen verfahren wird.

Über diesen militärischen Schuldbürgerstreich wird allerdings im Reichstag ein sehr ernstes Wort mit der Militärverwaltung geredet werden. Wenn z. B. der tatsächliche Kommandowechsel erst in zwei Jahren erfolgen würde, so kostet der „Spaß“ den Steuerzahlern über 18000 Mark

Politische Brunnenvergiftung.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist mit der Regierung nach wie vor unzufrieden, weil nach Ansicht des Agrarierblattes viel zu wenig für die „Aufklärung“ des Volkes — wie der Agrarier meinen — geschieht. Schon während der Steuerkämpfe hat die „Deutsche Tageszeitung“ an die Regierung die Aufforderung gerichtet, sie möge die Amtsblätter im Sinne der Arbeiten des Schnapsblocks beeinflussen. Das agrarische Blatt geht nun aber einen Schritt weiter. Der „Vorwärts“ brachte vorige Woche einen Artikel, in dem er die Ursache der enorm hoch gestiegenen Lebensmittelpreise behandelte. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ kam in ihrem Wochenrückblick auf den Artikel zurück und suchte durch einige ebenso geistlose, als deplatzierte Witze den Eindruck des Artikels des „Vorwärts“ zu verwischen. Dagegen hatte das Organ der Agrarier allerdings nichts einzuwenden, nur findet es, daß eine solche Entgegnung in dem Organ des Reichskanzlers nicht viel nütze, weil eben dieses Blatt in den Massen überhaupt nicht gelesen wird. So geht es aber mit den anderen bürgerlichen Zeitungen in der Regel auch und deshalb empfiehlt die „Deutsche Tageszeitung“, die Regierung möge die „Aufklärung“ der Massen in der Art betreiben, daß Flugblätter in Auflagen von Millionen unter den Massen verbreitet werden. Über die dazu nötigen Mittel macht sich das Verleibblatt nicht das geringste Kopfschütteln. Es wird einfach gesagt, wenn die Mittel zurzeit nicht vorhanden sein sollten, so müssen sie eben künstlich bereitgestellt werden und auf einige Millionen Mark jährlich dürfte es dabei gar nicht ankommen. Hier lege für die Regierung nicht nur eine Pflicht staatserkaltender Arbeit, sondern zugleich eine Aufgabe vor, deren Erfüllung hundertfältige Früchte tragen kann.

Die „Aufklärung“ der Massen, wie das Agrarierblatt sie sich denkt, mußte natürlich im Sinne der Junker gehalten sein, das heißt: die Tatsachen in ihr Gegenteil verkehren. Es ist wirklich weit gekommen mit den bürgerlichen Parteien, wenn sie schon zum System der politischen Brunnenvergiftung ihre Zuflucht nehmen müssen. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob die Regierung auf den Vorschlag eingehen wird, jedenfalls sollte sie sich aber sagen, daß die Sozialdemokratie selbstverständlich auf jedes derartige Flugblatt mit einem anderen Flugblatt antworten wird. Und in diesem Kampfe können es die Geheimräte denn doch nicht mit uns aufnehmen.

Die Wünsche der sächsischen Reaktionäre.

Die „Post“ läßt sich aus Sachsen schreiben, daß man dort nicht verstehen könne, wie die bürgerlichen Parteien immer noch im Kampf gegen einander beharren müssen. Gerade in Sachen habe die Aufforderung des Abg. Dr. Heinze-Dresden, zu einer konservativ-liberalen Vereinigung zurückzukehren, großen Anklang gefunden. Sachsen solle hierin vorbildlich sein für das Reich. Man hoffe allgemein, daß bis zu den nächsten Wahlen die Lage so geklärt sein wird, daß die von Dr. Heinze ausgegebene Parole allgemein als zugkräftig anerkannt werde. — Zweifellos ist hier der Wunsch der Vater des Gedankens. Denn gerade in Sachsen ist die Erbitterung unter den Volksmassen eine ganz gewaltige. Und das umso mehr, als die Blockbrüder im letzten Wahlkampf die unglaublichsten Dinge versprochen haben, und nun vor die Wähler treten müssen mit dem Zugeständnis, nicht nur von den gemachten Versprechungen nichts — aber auch gar nichts — gehalten zu haben, sondern im Gegenteil dem Volke neue Steuern und neue Schulden aufgehakt zu haben. Das Bewußtsein, gemeinsam am Volke gesündigt zu haben, mag bei Liberalen, wie auch bei Konservativen den Wunsch ausgelöst haben, den Kampf wieder gemeinsam zu führen, vielleicht von der Auffassung befeuert: Geteilte Hiebe sind halbe Hiebe!

Die badischen Nationalliberalen machen nicht mit.

Die badischen Nationalliberalen wollen die beabsichtigte Schwänkung nach rechts nicht mitmachen. In den „Münchener Neuesten Nachrichten“ erklärt der national-liberale Ausschub, daß die badischen Nationalliberalen sich niemals dazu hergeben werden, der Deckmantel der konservativ-kerikalen Mißwirtschaft bei den nächsten Reichstagswahlen zu sein. Sie halten es angesichts des jetzigen Kurses für richtiger, eine Einigung mit den linksstehenden Parteien, die Sozialdemokraten inbegriffen, anzustreben.

Perrien.

Es gärt. In der persischen Stadt Hamadan sind große Unruhen ausgebrochen; Mord und Schand sind ermordet worden.

Amerika.

Zunfolge Ausbruch der Revolution in Honduras wurde dort das Kriegrecht verkündet.

Aus Lübeck und Umgebungen.

Freitag, den 22. Juli.

Achtung Maurer und Bauarbeiter! über den Bau C. Verlies, Ecke Postfischerstraße (Strohlaten) ist wegen Lohnzahlungsschwierigkeiten die Sperre verhängt.

Die Tarifkommission.

Achtung, Stukkateure! über das Geschäft von Friedr. Faber in Lübeck ist die Sperre verhängt. Die Kollegen wollen das beachten. Der Vorstand.

Die Bürgerchaft erledigte in ihrer gestrigen Versammlung die noch auf der Tagesordnung befindlichen beiden Senatsanträge. Zunächst wurde die Beratung über die Nachbewilligung für den Betrieb des Stadttheaters und Aenderung des Theaterbetriebsvertrages fortgesetzt. Senator Gers verteidigte in längerer Rede die Vorlage und wandte sich besonders gegen die von den Sozialdemokraten geforderte Übernahme des Theaters in staatliche Regie, die zwar künstlerisch das Beste bringen, aber den Betrieb sehr verteuern würde. Auch die gewiß berechtigten Wünsche auf Verabschaffung der Presse für die geringeren Plätze sowie die Abstoßung der Stadthalle, die den Direktor und die Stadt finanziell belastet, fanden bei der Behörde keine Gegenliebe. Das neue Stadttheater ist zu klein, deshalb muß die teure und unpraktische Stadthalle als Probierbühne gedient werden. Schließlich wurde noch erklärt, daß man jetzt an der Grenze der Leistungsfähigkeit für das Theater angelangt sei und der Direktor in Zukunft das Risiko zu

tragen habe. Abbarlen! Geld genug kostet das Theater den Steuerzahlern allerdings.

Von unserer Seite trat Genosse Löwigt den Ausführungen vom Senatstische entgegen und verlangte wiederholt eine Vermehrung der billigeren Plätze und eine Verbilligung derselben. Auch in anderen Städten mit gleichartigem Theater gibt es billigere Plätze als in Lübeck. Die von dem Vorsitzenden der Theaterbehörde geäußerten Bedenken gegen die staatliche Regie seien nicht so schwerwiegend, um von der Übernahme des Theaterbetriebes auf den Staat abzusehen, zumal wenn ein tüchtiger Leiter angestellt würde.

Dr. F. Meyer wies auf die Nachteile hin, welche durch eine Verzögerung der Verabschiedung der Vorlage gerade in künstlerischer Beziehung entstehen können. Im übrigen hielt auch er eine Vermehrung der billigen Plätze für nötig und die Staatsregie für das Richtige. Schramm erwiderte sprachlich Dr. Meyer über das Bestreben des Arbeiterbildungsvereins aus, für die Kinderbemittelten gute Vorstellungen zu veranstalten. Nachdem sich noch eine Anzahl Redner zur Sache geäußert hatte, wurde der Antrag auf Kommissionsberatung zurückgezogen, um zu verhindern, daß durch dessen sichere Ablehnung dem Senat die Meinung mit auf den Weg gegeben werde, die Bürgerchaft habe sich gegen die Verstaatlichung ausgesprochen. Die Senatsvorlage wurde darauf angenommen.

Eine längere Erörterung betrafte den Antrag des Senates, der einen Erweiterungsbau des Allgemeinen Krankenhauses mit einem Kostenaufwande von 1810000 Mk. fordert. Aus Sparankheitsrücksichten wünschte Herr v. Schack eine kommissarische Prüfung des Projekts, das sonst nur warme Befürworter fand. Von unserer Seite trat Genosse Dr. Schölmer lebhaft für die Vorlage ein, die eine bringende Notwendigkeit darstellt. Unser Redner verlangte weiter die Abschaffung der verschiedenen Klassen im Krankenhaus, welche nur Leid und Mißgunst erregen. Schließlich kritisierte Genosse Dr. Schlomer scharf das von Antisemitismus zeugende Vorgehen der Krankenhausverwaltung gegen einen jüdischen Assistenzarzt, der grundlos entlassen wurde. Die Antwort, welche vom Senatstische darauf erfolgte, war in keiner Weise befriedigend. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen, nachdem der Antrag auf Kommissionsberatung zurückgezogen war. Gegen 10 Uhr erreichte die Sitzung ihr Ende, der auf beiden Tribünen zahlreiche Zuhörer beigezogen hatten.

Auch ein Verstoß gegen die guten Sitten. Ein Schuldner brachte seinem drängenden Gläubiger eines Tages eine Urkunde, laut deren ein Freund die selbstschuldnerische Bürgschaft für die Schuld übernahm. Der Gläubiger war im Zweifel darüber, ob die Unterschrift echt sei, und schrieb deshalb an den guten Freund seines Schuldners und bat ihn, die Echtheit seiner Unterschrift zu bestätigen. Er erhielt keine Antwort, gewährte aber seinem Schuldner dennoch im Vertrauen auf die Bürgschaft weiteren Kredit, und erlitt dadurch einen Verlust von mehr als 3000 Mk. Für diesen Schaden machte er den Freund verantwortlich, dessen Unterschrift wie sich nun herausstellte, tatsächlich gefälscht war. Er meinte, der Freund, dessen Name mißbraucht worden war, hätte die Verpflichtung gehabt, ihn darüber aufzuklären, und müsse ihm, weil er dies unterlassen, den Schaden ersetzen. Landgericht und Oberlandesgericht wiesen die Klage ab, weil für den Beklagten eine Rechtspflicht, den Brief des Klägers zu beantworten, nicht bestanden hätte. Das Reichsgericht war aber anderer Meinung und fand in dem Schweigen des Beklagten einen Verstoß gegen die guten Sitten, der den Beklagten zum Schadenersatz verpflichtete. Ein solcher Verstoß kann nach Ansicht des Reichsgerichts auch ohne Verletzung einer Rechtspflicht begangen werden, sofern ein Handeln nach der Anschauung billig denkender Menschen geboten war. Hier komme alles auf die Umstände des einzelnen Falles an, und diese könnten so liegen, daß es sittliche Pflicht dessen ist, der von einer Fälschung seiner Unterschrift Kenntnis erhält, dem durch die Fälschung Gefährdeten Aufklärung über den richtigen Sachverhalt zu verschaffen.

Das Opfer einer unheimlichen Wette ist gestern Abend der Langer Lohberg 89 wohnende 40jährige Kohlenarbeiter Heinrich Höppler geworden. Er hatte mit zwei Kollegen um 3 Mk. gewettet, daß er den Elbe-Trave-Kanal durchschwimmen wolle. Leider schritt er zur Ausführung dieser unheimlichen Wette. Als er mit Hemd und Hose bekleidet, ungefähr drei Viertel der Strecke durchschwommen hatte, verließen ihn anheimelnd die Kräfte. Er sank, bevor ihm Hilfe zuteil werden konnte, unter und ertrank. Die Leiche wurde heute morgen gegen 8 1/2 Uhr geborgen. Höppler hinterläßt eine Frau und 5 unmündige Kinder.

Einem Unfall erlitt am gestrigen Tage der Arbeiter, Bülrow, wohnhaft Schwartauer Allee 123, auf der Kochschen Schiffswerft dadurch, daß bei Entfernungen der Platten von einer Lawe eine derselben ausrutschte und dem Betroffenen den einen Fuß unten am Knöchel quetschte. Derselbe mußte sich in ärztliche Behandlung begeben.

Freiwillige Berichterstattung. Unter dieser Stichmarke kennzeichneten wir gestern die Art, wie im „Hamburger Fremdenblatt“ über die Ablehnung des Lehrerinnen-Seminars seitens der Lübecker Bürgerschaft referiert wurde. Wie uns glaubwürdig mitgeteilt wird, stammt dieser Bericht nicht aus der Feder des freiwilligen Bürgerschaftsmitgliedes, das sonst hiesiger Berichterstatter des „Hamburger Blattes“ ist.

Gefaschter Betrüger. Der Inhaber der Kopenhagener Firma M. S. Nebelung u. Co., Kaufmann Georg Franz, der wegen Betrugsdelicten in Höhe von 180000 Kr. flüchtig geworden war, ist in einem hiesigen Hotel verhaftet und nach Kopenhagen ausgeliefert worden; unterwegs machte er einen Selbstmordversuch.

Ein unverbesserlicher Fahrraddieb. Ermittelt und festgenommen wurde ein hier wohnhafter Arbeiter, der das vor einigen Tagen in der Mengstraße gestohlene Fahrrad sich angeeignet hat. Der Arbeiter ist im vorigen Monat erst nach Verbüßung von 3 Jahren Gefängnis wegen Fahrraddiebstahle aus der Strafanstalt „Lauerhof“ entlassen worden.

pb. Selbst geküßt. Ein Arbeiter von hier, der vor einigen Tagen seinem Arbeitgeber den Erlös für einen Sack Mehl unterschlug und flüchtig wurde, stellte sich gestern, nachdem er das Geld verbraucht hatte, bei der Kriminal-Polizei. Er wurde festgenommen.

pb. Kleine Ursache — schlimme Wirkung. Ein hiesiger Bankhehler, welcher das Fahrgeld für die elektrische Straßenbahn nicht entrichtete, wurde wegen Betruges zur Anzeige gebracht.

pb. Diebstahl in Israelsdorf. In der Nacht vom 20./21. d. M. sind in Israelsdorf 1 Paar neubesohlene Halbstiefel und ein blaues Cheviotjackett gestohlen worden.

Stadthalletheater. Man schreibt uns: Für die Sonntagabend stattfindende volkstümliche Vorstellung zu billigen Preisen, jeder Platz 50 Pf., ist das beliebte Schönthaus-Kabelburgische Lustspiel „Die berühmte Frau“ auszuwählen, welches kürzlich einen großen Heiterkeitserfolg erlangte. Am Sonntag geht die beliebte Operette „Der Zigeunerbaron“ schon zum 3. Male in Szene; auch bei der zweiten Aufführung wurden die Pausendruckblätter mit dem Besatz übersättigt. Auch in der Sonntagsvorstellung

Angt Herr Bontin der **Barintaj**. Im **Sankttheater** wird am **sonntag** das **Schauspiel** **Ensemble mit Schnitzers Liebesleil** und **Die Schulkletterin** von **Emil Wohl** gastieren. Der **Vorverkauf** findet nur bei **F. Sager**, statt.

Hamburg. Todesfall eines Kindes vom **Balkon**. Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich **Donnerstag** vormittag in der **Lühringerstraße**. Dort stürzte der **zweijährige Sohn** des im **Hause 59** wohnenden **Bahnarbeiters** **Ferkahn** vom **Balkon** des **ersten Stockwerks** in die **Tiefe**, und war **sofort tot**. Die **Leiche** des so plötzlich ums **Leben** gekommenen Kindes kam in die **Wohnung** der **Ältern**.

Altona. Wahlen zum **internationalen Kongress**. Im **Agitationsbezirk** **Schleswig-Holstein** wurden zum **internationalen Kongress** in **Kopenhagen** gewählt. Im **6. Wahlkreis**: **Genosse v. Elm-Hamburg**. Im **7. Wahlkreis**: **Genosse Ed. Adler-Kiel**. Im **8. und 10. Wahlkreis**: **Genosse Fröhme-Hamburg**. **Gemeinsam** wählten der **1. und 2., 3., 4., 5., 9. Kreis** und das **Fürstentum Lübeck** und erhielten hier **Stimmen**:

	Erfurth-Flensburg.	Klufmann-Dufum.	Meyer-Neustadt.	Stelling-Lübeck.
1. u. 2. Kreis	224	3	9	14
3. "	15	1	71	17
4. "	5	68	—	1
5. "	—	—	—	—
9. "	5	—	118	7
Fürst. Lübeck	—	—	1	198
Zusammen	249	73	199	237

Gewählt ist demnach: **E. Erfurth-Flensburg**. **Genosse Stelling** ist übrigens bereits zum **Transportarbeiterverband** als **Delegierter** gewählt. Zum **Delegierten** wurde **Frau E. Baumann-Altona** von allen **Kreisen** **Schleswig-Holsteins** und vom **Fürstentum Lübeck** gewählt.

Altona. Ein **toter Volksfeind**. **Polizeikommissar Engel** ist am **Mittwoch** **abend** im **Alter** von **70 Jahren** gestorben. Was das die **Bevölkerung** interessiert, so wird mancher unserer **jüngeren Leser** fragen? **Ist** doch **Engel**, der **1890** noch **Polizeikommissar** war, für uns seit **unmehrer** **zwanzig Jahren** tot. Die **älteren Leser** und **Parteilosen** werden es aber zu **würdigen** wissen, wenn wir den **Tod** eines **Mannes** erwähnen, der **während** der **schwersten** **Jahre**, die die **sozialdemokratische Arbeiterschaft** zu **verzeichnen** hat, in der **Zeit** des **Schandgesetzes** gegen die **gemeingefährlichen Verbrechungen** der **Sozialdemokratie** sein **redlich** Teil dazu **getragen** hat, **nicht** etwa **allein** das **Gesetz** gegen uns zur **Anwendung** zu **bringen**, sondern die **von** ihm als **sozialdemokratisch** **stigmatisierten** **Personen** aufs **bestmögliche** mit **allen** **Mitteln**, auch **unanständigen** und **unerlaubten**, zu **verfolgen** und zu **schikanieren**. Die **älteren** **Genossen**, von der **Zeit** des **Sozialistengesetzes** her, werden es **begrifflich** finden, wenn wir **beim** **Tode** eines **Mannes**, der uns **zwei** **Jahre** lang in der **niedrigsten** und **nedertüchtigsten** **Weise** verfolgte, **nicht** dem **Grundgesetz** halben: **Von** den **Toten** soll man nur **Gutes** reden. **Dem** dann würden wir über **Engel** nichts, aber auch **gar** nichts zu **sagen** haben. Hier **erfordert** es die **historische** **Wahrheit**, **nicht** mit **der** **zurückzuhalten**, was über **einen** **solchen** **Menschen** zu **sagen** ist. **Und** wir können dies **nicht** mit **einer** **kurzen** **Notiz** abtun. **Nur** einiges sei **hervorgehoben**. **Engel**, ursprünglich **Maurergeselle**, stellte sich in den **Dienst** der **Altonaer** **Polizei**, wo es ihm **bald** gelang, zum **Kommissar** zu **avancieren**. Die **Zeit** des **Sozialistengesetzes** war für ihn die **Leiter** seines **Aufstiegs** als **„pflichttreuer** **Beamter“**, wie er **einmal** gelegentlich der **Veratung** über die **Verlängerung** des **Verlagerungs-** **zustandes** über **Hamburg-Altona** von dem **Polizeiminister** **Buttkamer** genannt wurde. Die **Episoden** mit dem **einstufigen** **Wolk**, der auf **eine** **eigentümliche** **Weise** im **Altonaer** **Gerichtsgang** **endete**, sowie des **Blaufärbers** **Wichmann**, die in den **achtziger** **Jahren** seine **Agenten** waren und die bei den **Reichstagsdebatten** **mitsamt** ihrem **Herrn** und **Meister** öfters **eine** **wenig** **beneidenswerte** **Rolle** zu **spielen** hatten, verdienen **eine** **aussführliche** **Würdigung**, ebenso die **entsetzlichen** **Schikanierungen** bei **Haus** **Suchungen**, **Sittierungen**, **Ausweisungen** und **Verurteilungen**. **Dat** **Engel** es **doch** **nicht** **verschmäht**, unter **Androhung** von **Gewalt** und **Haft**, auch **wenn** er **dazu** **nicht** **befugt** war, zu **versuchen**, die **von** ihm **zitierten** **Genossen** zu **„eingeländnissen“**, d. h. zum **Verrat** ihrer **Parteilosen** zu **verleiten**. **Wo** **Engel** es **fertig** **bringen** konnte, bei der **Regierung** **emem** **Mann** der **verpönten** **sozialistischen** **Gefinnung** zu **beschuldigen**, tat er es **mit** **Vollkraft**. **Zunende** **braver** **Familienväter** haben ihm **ihre** **Ausweisung** zu **verdanken**, andere **sind** **verfolgt** und **wirtschaftlich** **zugrunde** **gerichtet** worden, und **wenn** **heute** die **von** ihm **Gehetzten**, die **noch** **am** **Leben** **sind**, von **seinem** **Tode** **hören**, dann wird es **ihnen** **eine** **Genugtuung** sein, zu **hören**, daß er **seit** dem **Falle** des **Sozialistengesetzes**, **gleich** **seinem** **Meister** **Bismarck**, **politisch** **ohnmächtig** war. **Wir** **haben** die **Genugtuung**, daß **dieser** **seit** **1890** **politisch** **tote** **Mann** es **noch** **erleben** mußte, wie die **von** ihm **Verfolgten** und **durch** **seine** **Hilfe** **Verurteilten** **1890** **in** **das** **ehemalige** **Belagerungsgebiet** **zurückkehrten**, wie die **von** ihm **so** **bitter** **gehäßte** **Sozialdemokratie** **wuchs** und **Altona** zum **festen** **Stützpunkt** der **Sozialdemokratie** wurde, wie **diese** **Sozialdemokratie** im **vorigen** **Jahre** **hier** **auf** **ins** **Kathaus** **einziehen** konnte und **wie** **Leute** **mit** **dem** **nächtlichen** **Chrenamate** **betrant** **wurden**, die **Engel** in den **achtziger** **Jahren** **durch** **sein** **Machtwort** **von** **Haus** **und** **Familie** **in** **die** **Welt** **hinausjagte**. **Man** **muß** die **ganze** **Misere** **der** **damaligen** **Zeit** **miterlebt** **haben**, um **das** **Maß** **der** **Verachtung** **ermessen** zu **können**, die **dieser** **nun** **nach** **langjährigem** **körperlichen** **Leiden** **auch** **physisch** **tote** **Mann** **sich** **im** **Leben** **erworben** **hat**.

Reinmüller. Gegen die **Tanzsteuer**. **Ab** **hiesige** **Verknüpfungsvereine** **fasten** am **Mittwoch** **abend** den **Wes** **Schluf**, so **lange** **keine** **Verknüpfungen** **mehr** **abzuhalten**, als **der** **Saalbesitzer-Verein** **bei** **den** **von** **ihm** **geltend** **gemachten** **Forderungen** **beharrt**. **Er** **beansprucht** **von** **den** **Vereinen**, **wenn** **se** **Verknüpfungen** **veranstalten**, **Erfaf** **der** **vollen** **Tanzsteuer**, **sowie** **die** **gesamten** **Einnahmen** **aus** **den** **Garberoben** **der** **Gäste**. **Bisher** **zahlten** **die** **Vereine** **die** **halbe** **Tanzsteuer** **und** **erhoben** **selbst** **die** **Einnahmen** **aus** **den** **Garberoben**.

Bremen. Ein **Kriegsveteran** am **Ver** **hungern**. Die **Bürgerzeitung** schreibt: **Was** **ist** **des** **Wit** **blattes** **ergetzender** **Veteran** **mit** **dem** **Stelzfuß** **und** **dem** **grünen** **Schirm** **über** **den** **entzündeten** **Augen**, **der** **da** **dubelt**: **„Was** **ich** **bin** **und** **was** **ich** **habe**, **dank** **ich** **dir**, **mein** **Vaterland!** — **was** **ist** **er** **gegen** **folgendes** **Inserat** **aus** **dem** **hiesigen** **„Tageblatt“**:

Alter **Veteran**, **mehrere** **Jahre** **gebürt**, **7** **Mal** **auf** **dem** **Schlach** **felde** **von** **1870/71** **in** **Frankreich** **stets** **treu** **gekämpft**, **das** **Militär** **Verdienst** **Ehrenzeichen** **2. Klasse** **erworben**. **Schon** **mehrere** **Jahre** **krank**, **dadurch** **zurückgekommen**, **kein** **Verdienst** **auch** **nicht** **möglich**. **Ganz** **verlassen**, **fühle** **ich** **mich** **daher** **genötigt**, **diese** **Schritte** **zu** **tun**, **die** **geehrten** **Damen** **und** **Herren** **um** **kl. Unterstützung** **zu** **bitten**.

Offert. **unt.** **S. H. 100** **b. Verl.**
Das **Glend** **dieses** **armen** **Teufels** **wird** **unsere** **Gurra** **patrioten** **nicht** **allzu** **sehr** **rühren**. **Sie** **werden** **ihre** **Geld** **bei** **der** **Schankeler** **wieder** **in** **Alkohol** **und** **Veitragen** **für** **Kriegerdenkmäler** **anlegen**, **aber** **den** **dardenden** **Vaterlandsverteidiger** **weiter** **hungern** **lassen**. **Nur** **erprobte** **Gurra** **schreier** **bekommen** **Unterstützung** **und** **zu** **diesem** **scheint** **eben** **der** **alte** **Veteran** **nicht** **zu** **gehören**.

Theater und Musik.

Stadthallen-Theater. Des **Pfarrers** **Tochter** **von** **Streladorf**. **Komödie** **in** **3** **Akten** **von** **Dreyer**. **Der** **Titel** **dieser** **Komödie** **erinnert** **lebhaft** **an** **die** **Pfarrer** **tochter** **von** **Taubenheim**, **die** **bekanntlich** **schuldlos** **wie** **ein** **Läubchen** **war**. **Jedoch** **nicht** **auf** **die** **Dauer**. **Auch** **die** **Streladorferin** **erleidet** **ihren** **„Fall“**, **aber** **sie** **erträgt** **ihn** **wie** **ein** **Mann**, **was** **ja** **recht** **erfreulich** **und** **vor** **allen** **Dingen** **sehr** **verständig** **von** **ihre** **ist**. **Der** **Sachverhalt** **dieser** **Vergebenheit**, **deren** **innere** **Wahrheit** **natürlich** **jeder** **nach** **Belieben** **glauben** **oder** **bezweifeln** **kann**, **ist** **kurz** **folgender**: **In** **Streladorf** **bei** **Kolbuck** **lebte** **der** **Pastor** **Reimers**, **ein** **derber**, **gerader** **Mann**, **der** **des** **Sonntags** **geschäftsmäßig** **seine** **Prädigten** **hält**, **in** **der** **übrigen** **Zeit** **jedoch** **versucht**, **auf** **andere** **durchaus** **rechtmäßige** **Weise** **seine** **irdischen** **Schätze**, **welche** **nach** **biblischer** **Meinung** **die** **Motten** **und** **der** **Kost** **fressen**, **zu** **vermeiden**. **Des** **Pastors** **Liebling** **ist** **seine** **Tochter** **Käte**, **ein** **reduktives**, **frisches** **Mädel**. **Nur** **er** **besitzt** **Reimers** **Nachkommenschaft** **aus** **zwei** **Jungen**, **von** **denen** **der** **eine** **Regierungsbaumeister** **ist** **und** **die** **Stadtbauratwürde** **erträgt**, **während** **der** **andere** **sich** **als** **Korpsstudent** **das** **Gesicht** **zu** **Verstickt** **zerhacken** **läßt**. **Käte** **ist** **verlobt** **mit** **einem** **Privatdozenten** **der** **Universität**. **In** **einer** **schönen** **Johannisnacht** **gibt** **sie** **sich** **ihm** **hin**. **So** **schön** **das** **zunächst** **für** **sie** **war**, **so** **übel** **ist** **die** **Folge**. **Die** **Pfarrer** **tochter** **fühlt** **sich** **Mutter**. **Doch** **das** **ist** **nicht** **das** **Schlüsselmoment**. **Käte** **muß** **später** **in** **ihrem** **Bräutigam** **einen** **skrupellosen** **Streber** **erkennen**, **den** **sie** **aus** **Herzensgrund** **verachtet**. **Deshalb** **lehnt** **sie** **es** **ab**, **ihn** **zu** **heiraten**, **trotzdem** **sie** **weiß**, **daß** **die** **Welt** **sie** **schmähen** **wird**. **Der** **Pfarrer**, **der** **begreiflicherweise** **zunächst** **über** **die** **Sache** **höchst** **empört** **ist**, **sieht** **bald** **ein**, **daß** **es** **schlimmer** **ist**, **sich** **mit** **einem** **verdächtigen** **Mann** **zu** **verbinden**, **als** **der** **schlechten** **Nachrede** **urteilloser** **Menschen** **ausgesetzt** **zu** **sein**. **Er** **billigt** **den** **Entschluß** **seiner** **Tochter** **und** **sagt** **ihre** **im** **Ver** **ein** **mit** **seinem** **ältesten** **Sohne** **und** **dessen** **Braut** **seine** **Hilfe** **in** **den** **kommenden** **schweren** **Stunden** **zu**.

So **in** **kurzen** **Zügen** **der** **Kern** **der** **Komödie**, **die** **weder** **durch** **tiefer** **Innerlichkeit** **noch** **durch** **schärfere** **Charakter** **zeichnung** **größerer** **Interesse** **zu** **erregen** **vermag**. **Es** **weht** **kein** **dramatischer** **Hauch** **durch** **das** **Ganze**, **der** **die** **Handlung** **und** **die** **Personen** **belebt**. **Dreyer**, **der** **in** **„Probekandidaten“** **einen** **so** **schönen** **Beweis** **seines** **Talents** **gab**, **bleibt** **bei** **der** **„Pfarrer** **tochter“** **in** **Theatralischen** **Lecken**.

Die **Aufführung** **der** **Komödie** **an** **unserer** **Sommerbühne** **war** **von** **Herrn** **Lenar** **recht** **gut** **vorbereitet**. **Sowohl** **das** **Zusammenpiel** **als** **auch** **die** **szentische** **Aufmachung** **konnte** **befriedigen**. **Den** **dringenden** **Wunsch** **hätten** **wir** **aber**, **daß** **der** **„Nachtigall“** **in** **der** **Johannisnacht** **das** **Genick** **umgedreht** **würde**, **um** **so** **in** **Zukunft** **den** **Eindruck** **zu** **vermeiden**, **als** **wenn** **die** **mitwirkenden** **Künstler** **ausgepfiffen** **würden** **sollten**. **Herr** **Lenar** **gab** **den** **Landpastor** **Reimers** **ungekünstelt** **und** **schlicht**. **Während** **gelang** **ihm** **die** **Szene**, **in** **der** **seine** **Tochter** **ihre** **ihren** **„Fall“** **gesteht**. **Frl. Hohenfels** **spielte** **die** **Titelrolle** **sehr** **lebendig**. **Schade**, **daß** **sie** **nicht** **immer** **sprachlich** **den** **richtigen** **Ausdruck** **fand**. **In** **den** **übrigen** **größeren** **Rollen** **bewährten** **sich** **Frl. Zimmermann** **(Wettina)**, **so** **wie** **die** **Herrn** **Weichert** **(Privatdozent)** **und** **Becker** **(Jürgen)** **aufs** **beste**. **Die** **Vorstellung** **wurde** **beifällig** **aufgenommen**.

Genossenschaftsbewegung.

Wohlfleie **Bezugsgelegenheit** **zur** **Weltausstellung** **in** **Brüssel** **beschafft** **für** **die** **Mitglieder** **deutscher** **Konsumvereine** **der** **Allgemeine** **Konsumverein** **für**

Wachen **und** **Um** **gegen** **d.** **Brüssel** **ist** **für** **Fremde** **zur** **zeit** **ein** **außergewöhnlich** **teures** **Platz**. **Wer** **mit** **den** **Verhältnissen** **nicht** **vertraut** **ist** **tut** **gut**, **sich** **vorher** **zu** **einrichten**, **daß** **er** **vor** **Enttäuschungen** **geschützt** **bleibt**. **Unsere** **Wachener** **Freunde** **haben** **in** **Verbindung** **mit** **anderen** **Organisationen** **für** **alle** **deutschen** **Genossenschaftsmitglieder**, **die** **hier** **von** **Ge** **brauch** **machen** **wollen**, **folgende** **Abmachungen** **getroffen**: **Für** **Reise** **Wachen-Brüssel** **und** **zurück** **dritter** **Klasse**, **Eintritts** **karte** **zur** **Ausstellung**, **Führung** **durch** **diese** **Wache** **durch** **Brüssel**, **freie** **Verpflegung** **in** **guten** **Häusern** **und** **Hotels** **und** **freies** **Logis** **werden** **berechnet** **für** **drei** **Tage** **80** **Mark**. **Ein** **zelbillet**, **gültig** **für** **die** **Fahrt** **Wachen-Brüssel** **und** **zurück**, **werden** **zum** **Preis** **von** **6,75** **Mark**. **gegen** **vorherige** **Bestellung** **ebenfalls** **besorgt**. **Der** **bestgelegene** **Zug** **geht** **ab** **Wachen** **4,29** **Uhr** **nachmittags**. **Man** **ist** **dann** **abends** **in** **Brüssel** **und** **am** **anderen** **Morgen** **in** **der** **Ausstellung**. **Zur** **Ausstellung**, **selbst** **ist** **nachmittags** **der** **Eintrittspreis** **doppelt** **so** **hoch** **wie** **vormittags**. **Um** **die** **Preisermäßigung** **zu** **gewähren**, **müssen** **mindestens** **20** **Personen** **sich** **beteiligen**. **Sehr** **zu** **empfehlen** **ist** **das** **Dreißig-Mark-Abonnement** **für** **drei** **Tage**. **Für** **zwei** **Tage** **kann** **nur** **eine** **Preisermäßigung** **von** **5** **Mark** **zuge** **standen** **werden**. **Anfragen** **und** **Bestellungen** **richte** **man** **an** **den** **Geschäftsführer** **des** **Allgemeinen** **Konsumvereins** **für** **Wachen**, **F. Donrath**, **Kurhausstraße** **13**, **1.**

Schiffsnachrichten.

In **Travemünde** **angekommene** **Schiffe.**
Mittwoch, **den** **20. Juli.**

D. Florentine, **Kapt. Jørgensen**, **von** **Alfens** **in** **1** **U.**
D. Linnea, **Kapt. Dahlberg**, **von** **Warnemünde** **in** **3 1/2** **U.**
Donnerstag, **den** **21. Juli.**

D. Malmö, **Kapt. Follin**, **von** **Kopenhagen** **in** **12** **U.**
D. J. E. Holm, **Kapt. Holm**, **von** **Neusahwasser** **in** **4** **U.**
D. Niska, **Kapt. Petersen**, **von** **Mäntyluo** **in** **7** **U.**
D. Johannes, **Kapt. Simon**, **von** **Lorne** **in** **4 1/2** **U.**
Von **Travemünde** **abgegangene** **Schiffe.**
Mittwoch, **den** **20. Juli.**

D. Majaden, **Kapt. Stenfeldt**, **nach** **Kopenhagen.**
D. Gauthiod, **Kapt. Rosengreen**, **nach** **Stockholm.**
D. Stephanie, **Kapt. Albrecht**, **nach** **Wenell.**
D. Bomeronia, **Kapt. Lütgen**, **nach** **Volgast.**
D. Vuffard, **Kapt. Nachtweg**, **nach** **St. Petersburg.**
Donnerstag, **den** **21. Juli.**

D. Gato

Saison-Ausverkauf.

In allen Abteilungen enorme Preisermäßigungen.

Leinen- und Baumwollwaren.

Große Posten	Hemdentuch 82 cm breit, stark und mittelfädig, prima Elsässer Qualitäten . . . pro Meter	regulär	52	00	70
		jetzt	42 ₰	50 ₰	55 ₰
Große Posten	Bettuch-Halbleinen Bettuchbreite, westfälische Ware pro Meter	regulär	65	1.25	1.45
		jetzt	55 ₰	98 ₰	115 ₰
Große Posten	Bett-Satin 180—140 cm breit, weiß, in schönen Streifenmustern pro Meter	regulär	92	1.25	1.60
		jetzt	78 ₰	98 ₰	130 ₰
Große Posten	Bett-Damast 180—140 cm breit, neue aparte Muster pro Meter	regulär	1.00	1.25	1.65
		jetzt	88 ₰	105 ₰	135 ₰
Große Posten	Bett-Kattune 140 cm breit, hell geblümt oder gestreift, vorzügliche Qualitäten pro Meter	regulär	85	1.05	1.30
		jetzt	70 ₰	85 ₰	105 ₰
Große Posten	Bett-Züchen 180—140 cm breit, farbig kariert, kräftige Ware pro Meter	regulär	72	75	95
		jetzt	62 ₰	65 ₰	72 ₰
Große Posten	Schürzenstoffe 90—116 cm breit, kariert und gestreift, in vielen Mustern pro Meter	regulär	50	75	90
		jetzt	42 ₰	65 ₰	75 ₰

Ein großer Posten
Bett- und Küchenwäsche
leicht bestäubt . . . bis **50%** unter Preis.

Ein großer Posten
Frott.-Handtüch. m. gestickten Buchstaben **75 ₰**
sonst 95, jetzt
mit roter Borde sonst 105, jetzt **85 ₰** sonst 125, jetzt **95 ₰**

Ein großer Posten
Badelaken Gr. 100×100 cm sonst 115, jetzt **95 ₰**
Gr. 125×160 cm sonst 2.40, jetzt **1.95 M.** Gr. 180×180 cm sonst 3.00, jetzt **2.45 M.**

Ein großer Posten
Gartendecken und Tee-Gedecke
bis zur Hälfte im Preise ermäßigt.

RESTE und Kupons von Wäsetuch
Halbleinen u. Reinleinen, prima
schlesische Fabrikate :: :: :: } mit **20%** Extra-Rabatt.

Rudolph Karstadt.

Ausverkauf
sämtlicher
Schuhwaren
wegen
Aufgabe des Geschäfts
mit **10%** Rabatt.
Zurückgesetzte Schuhwaren
weit unter Preis.
Drenske, Breitestr. 21.

Großer Sommer-Ausverkauf
zu enorm billigen Preisen — teils für die Hälfte des Wertes.

Porzellantassen m. Untertassen . . . 10 Pf.	Emaill-Becher 10 Pf.
EBteller flach und tief 8 Pf.	Emaill-Wanne jetzt 58 Pf.
Gr. Posten Markttaschen statt 1,20 Mk., 85 Pf. jetzt . . . 88, 58 Pf.	EBlöffel u. Gabel 8, 12, 15 Pf.
Handtuchhalter jetzt 33 Pf.	Kaffeelöffel 3, 5, 8 Pf.
	Aermelbretter jetzt 53 Pf.

Sportwagen, wegen Aufgabe, enorm billig.

Breitestr. 33. **Riesen-Bazar** Pietro Cagna
4 Prozent oder Rabatt-Marken.

Zur Einnahme für den Winter
empfehle ich
zu billigsten Sommerpreisen
erstkl. westfäl. Hartkoks
Gaskoks | Briketts
Nußkohlen | Anthracitkohlen
Braunkohlen | Holz
Lieferung erfolgt trocken, grusfrei und in allerbesten Qualität.
Christian Gäde
Fischergrube 4. Fernsprecher 242.

Vom 23. Juli bis 5. August inkl.
Saison-Ausverkauf
zu gewaltig herabgesetzten Preisen.

Die früheren Preise sind neben den Ausverkaufspreisen deutlich vermerkt, sodaß sich die verehrte Kundschaft von der enormen Preisreduzierung der Ausverkaufswaren jederzeit überzeugen kann.

Hans Struve.
LÜBECK, Königstrasse 89, Ecke Wahnstrasse.

Verammlung der Bürgerchaft.

b. Lübeck, 21. Juli 1910.

Der Vorsitzende, Präses Dimpfer, eröffnet die Sitzung um 8 Uhr 20 Minuten.

Es wird in die Beratung des Senatsantrages betr. Nachbewilligung für den Betrieb des Stadttheaters und Änderung des Theaterbetriebsvertrages fortgesetzt.

Senator Evers bestreitet, daß hinter den Kulissen gearbeitet worden sei, um den Direktor wegzugrauen, und daß dem Direktor die Ellenbogenfreiheit gehemmt worden sei; der Direktor habe mit keinem Wort darüber Klage geführt. Außerhalb der Theaterbehörde stehende Kreise hätten keinen Einfluß auf die Sache. Die lobende Anerkennung des Herrn Löwigt der Leistungen des Direktors Kurtscholz freut mich außerordentlich, wir alle schätzen seine Tätigkeit. Wir haben großen Wert darauf gelegt, mit Herrn Kurtscholz als Theaterdirektor einen neuen Vertrag abzuschließen, doch war alles vergebens; trotz besserer Chancen lehnte er ab; weiter konnten wir ihn aber nicht entgegenkommen. Es muß einem Theaterdirektor möglich sein, die Einnahmen auf der jetzigen Höhe zu halten und mit dem Zuschuß auszukommen. Die späte Einbringung der Vorlage beruht auf den wiederholten Verhandlungen mit Herrn Kurtscholz. Die Vor- und Nachteile, über Gewinn und Verlust, die von Herrn Löwigt angeführt wurden, treffen in Zukunft nicht zu. Der Direktor hat das volle Risiko zu tragen. Sollten die Verhältnisse sich ändern, werden wir aufs neue an die Bürgerchaft herantreten. Die staatliche Regie ist unzweifelhaft die beste (Zuruf: Sehr richtig!), aber vorerst nicht durchführbar. Sie stellt sich erheblich teurer. Der Senat hat sich unter den heutigen Verhältnissen gegen diese ausgesprochen, und das Finanzdepartement hat dem beigestimmt. Der Grund zur staatlichen Regie ist nur gegeben, wenn das Theater nicht auf künstlerischer Höhe steht. Bei uns leidet jedoch das Theater gegenwärtig. Auch der neue Theaterdirektor ist ein tüchtiger Mann. Billigere Plätze zu schaffen ist ein finanzielles Wagnis. Die im vorigen Jahre vorgenommene Vermehrung der billigeren Plätze hat sich wohl bewährt, aber die Einnahmen sind dadurch nicht höher geworden. Das finanzielle Ergebnis hat seinen Schwerpunkt im Parkett. Die Stadthallenfrage wurde eingehend geprüft, man ist aber zu dem Ergebnis gekommen, daß es unmöglich ist, diese vom Stadttheater zu lösen. Die Stadthallenbühne wird vom Theaterdirektor vielfach zu Proben benutzt. Die Einnahmen lassen sich auch, wenn dort mehr und regelmäßiger gespielt wird, noch erhöhen. Die Verträge wurden erst im vorigen Jahre in einer Kommission reiflich geprüft, und wir haben nur wenige Verbesserungen vorgenommen, weil wir bisher mit den Verträgen gut ausgekommen sind. Die in Aussicht genommene Summe von 98 500 Mk. als weiteren Zuschuß für den Theaterdirektor ist ein gerechter Ausgleich für die Mehrleistungen, die der Direktor zu bieten hat. Es handelt sich ja nicht um grundlegende Änderungen; ob wir später zur eigenen Regie übergehen wollen, müssen erst die Erfahrungen lehren. Eine Kommissionsberatung würde nur den Erfolg zeitigen, daß wir Herrn Fuchs verlieren, der nur noch wenige Tage gebunden ist und dann andere Verpflichtungen eintrifft. Der Direktor muß jetzt schon seine Dispositionen für das nächste Jahr vornehmen. Die Frage ist so geklärt, daß die Bürgerchaft wohl in der Lage ist, heute die Entscheidung zu treffen.

Buchwald bemängelt die Bemerkung im Bericht der Behörde „nach Anhörung des Finanzdepartements.“ Er vermissen die Begründung des Finanzdepartements.

Senator Kuhlenkamp: Bei der großen Eile konnte das Finanzdepartement nicht sofort sein Gutachten abgeben. Redner verliest die inzwischen eingegangene Antwort, die sich zum Teil zum dem Vertrage erklärt, sich aber weiter dahin ausspricht, daß selb für die kommende Zeit notwendig, die Zuschüsse zu vermindern, die die Stadt für das Theater leistet.

Hiele erucht den Antrag des Herrn Löwigt auf Kommissionsberatung anzunehmen und den Vertrag mit der Stadthalle zu lösen, die uns nichts einbringe. Ob Herr

Fuchs das bietet, was Herr Kurtscholz geboten habe, sei die Frage. Die Stelle hätte ausgeschrieben werden müssen.

Senator Evers: Die Sache hatte große Eile und ferner hat die Theaterbehörde das Recht, einen Direktor anzustellen. Die Bühne der Stadthalle ist für das Stadttheater notwendig.

Löwigt: Kommissionsberatung ist vor allem notwendig, um dem Pachtvertrag neue Bestimmungen anzufügen über die Preise und die Anzahl der Plätze, für welche diese gelten. Wohl hat der Herr Senatskommissar gesagt, daß mit einer Vermehrung der billigeren Plätze eine Verminderung der Einnahmen verbunden sei. Dies ist nur dann richtig, wenn die Leute, die die teuren Plätze bezahlen können, die billigen Plätze benötigen. Das ist bisher leider vielfach geschehen. Gewiß liegt der Schwerpunkt der Einnahmen im Parkett; die Einnahmen werden aber auch dann erhöht, wenn alle diejenigen Plätze erhalten könnten, die auf die billigeren Plätze reflektieren. An Sonntagen und auch wochentags, namentlich wenn Opern und Operetten gegeben werden, muß eine ganze Anzahl minderbemittelter Leute umkehren, weil sie keinen ihren Verhältnissen angemessenen Platz bekommen und die teuren Plätze nicht bezahlen können, während auf dem dritten Rang Leute sitzen, für welche die teuren Plätze berechnet sind. Es sollte eine Vermehrung der billigeren Plätze eintreten und die billigen Plätze noch billiger werden. Bremen, das ein sehr gutes Theater besitzt, und Kopenhagen haben weit niedrigere Preise für die geringeren Plätze. Was dort möglich ist, muß auch hier möglich sein. Bei der Stadthalle soll wegen deren Benutzung für die Proben ein zwingender Grund vorhanden sein, sie beizubehalten. Das würde beweisen, daß das Stadttheater den daran zu stellenden berechtigten Anforderungen nicht genügt. Es ist bedauerlich, wenn wir kein ausreichendes Theater haben. Wäre die Stadthalle nicht vorhanden, müßten die Proben doch abgehalten werden. Die Stadthalle hat für den Theaterpächter finanzielle Nachteile. Wird nun die Pacht herabgesetzt, ist's für den Staat nachteilig. Der Senat meint, daß staatliche Regie besser wäre, aber zu teuer sei; das gebe ich zu. Wenn aber ein tüchtiger Direktor vorhanden ist, werden die Ausgaben nicht ins Ungemessene steigen. Daß ein solcher angestellt werden muß, ist klar, die Theaterbehörde kann nicht selbst den Direktor spielen. Erfreulich ist es auch, wenn gesagt wird, der Staat brauche in Zukunft kein Risiko mehr zu tragen. Die Vorkasse hört ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Die Vorlage hat uns zu kurze Zeit beschäftigt und deshalb ist kommissarische Prüfung notwendig; außer den Platzpreisen muß geprüft werden, ob die erhöhten Zuschüsse überhaupt nötig sind. Vielleicht ist das abgelaufene Jahr ein schlechtes gewesen. Wenn die Stadt sich vergrößert, wird sich auch das Theaterpublikum vermehren, sodas wir keine erhöhten Zuschüsse zu bezahlen brauchen. Wenn durch Kommissionsberatung eine Verzögerung eintritt, so liegt die Schuld nicht bei der Bürgerchaft, sondern beim Senat, der die Vorlage nicht rechtzeitig einbrachte. Herr Senator Evers wünschte, daß die Bevölkerung Herrn Direktor Kurtscholz den Dank für dessen tüchtige Leistungen durch zahlreichen Besuch ausdrücken möchte. Ich kann das nur unterstützen und meine, daß sich dieser Wunsch vor allem an diejenigen Leute richten muß, die dem Parkett und den Logen in der Regel fern bleiben, obwohl sie in der Lage sind, diese Plätze zu bezahlen.

Buchwald wünscht nochmals, daß die Redensart des Finanzdepartements falle, das jetzige Gutachten gehe auf staatliche Regie hinaus. Das Theater kostet uns heute nicht 92 000 Mk., sondern 200 000 Mk., das ist mehr als die Hälfte dessen, das die Erwerbssteuer einbringen soll; das Theater muß verpachtet werden, sonst wird es uns noch teurer.

Fehling: Wenn Sie die Preise herabsetzen, werden die Einnahmen trotz zunehmendem Besuch zurückgehen. Wer das wünscht, kann für die Kommissionsberatung stimmen, dann werden Sie noch mehr Zuschuß leisten müssen. Zu dem neuen Direktor haben wir daselbe Vertrauen wie zu Herrn Kurtscholz und glauben, daß er das Theater auf der gleichen künstlerischen Höhe halten wird; aber auch auf der finanziellen Seite wird Herr Fuchs seine Schuldigkeit tun. Redner wendet sich gegen

die Ausschreibung des Direktorpostens. Wir müssen einen Mann haben, den wir kennen. Auswärtige, die Lübeck als Versuchssobjekt benutzen, könnte der Stadt nur Schaden bringen. Deshalb ist eine Kommissionsberatung unmaß. Wer es mit dem Theater gut meint, muß für die Senatsvorlage stimmen.

Dr. J. Meyer wendet sich gegen die von Löwigt beantragte Kommissionsberatung. Eine solche würde die Aussicht auf Übernahme in städtische Regie, die zweifellos kommen wird und für die auch in der Behörde Anhänger vorhanden sind, nur verzögern. Die Bürgerchaft hat sich schon vor 25 Jahren mit der städtischen Regie beschäftigt. Ich kann alles das, was damals gesagt wurde, nur zum Leiden empfehlen; es trifft alles heute noch zu. In einigen Jahren kommt die städtische Regie von selbst, die Anhänger derselben mehren sich immer mehr. Die Befürchtungen wegen der finanziellen Lasten werden sich nicht in dem Maße einstellen, wie geglaubt wird. Eine Ausschreibung wegen eines neuen Direktors ist zwecklos, denn wir können doch nur die neuen Bedingungen proponieren, mit denen wir gute Erfahrungen gemacht haben. Das war etwas anderes, als das neue Theater in Betrieb genommen wurde. Redner äußert sich des Weiteren über die Frage der Plätze, und hebt hervor, daß die Nachfrage nach dem dritten Rang ganz bedeutend größer sei als nach den teuren Plätzen. Der dritte Rang ist durchschnittlich von 81 Proz. belegt, die Logen dagegen nur von etwa 20 Prozent. Vielfach sehe man auch auf dem dritten Rang Leute, die mehr bezahlen könnten. Ganz besonders lobend spricht sich der Vortragende über den Arbeiterbildungsverein aus, der auf dem richtigen Wege sei, den Minderbemittelten die Bühnenkunst zu vermitteln. Die Vorstellungen für den Bildungsverein seien am stärksten besucht gewesen. Redner betont, es sei beabsichtigt, dem Arbeiterbildungsverein in Zukunft in weiterer Nähe entgegenzukommen. Die Stadthallenfrage läßt sich durch eine Kommissionsberatung gar nicht lösen. Der jetzige Direktor will sie mit pachten und wir haben keine Ursache, ihn daran zu hindern. Um das Repertoire reichhaltig gestalten zu können, sind die Räume des Stadthallentheaters für Proben notwendig. Redner bittet die Herren der äußersten Linken, die beantragte Kommissionsberatung zurückzulassen. Niemann (Schluß) erucht um Unterflügung seitens des Senats, damit bessere Fahrverbindungen für die auswärtigen Theaterbesucher geschaffen werden.

Rug. Wape ist der Meinung, die städtische Regie würde zu teuer arbeiten. In der Theaterbehörde müßten alle Schichten der Bevölkerung vertreten sein. Durch die Ablehnung der beantragten Verlegung der Bürgerauschussitzungen auf den Abend können wenigstens die Bürgerauschussmitglieder den Theaterbesuch erhöhen. Redner hätte es auch gerne gesehen, wenn die Stelle ausgeschrieben worden wäre, denn künstlerische Bedenken könnten in der Richtung vorliegen, ob ein Schauspieler die nötigen Kenntnisse über Opern und Operetten besitze. Die Stadthalle könnte ja als Schwimmhalle ausgebaut werden, dann werden wir die befürchtete Konkurrenz los; wünschenswert ist die Lösung des Vertrages mit der Stadthalle. Redner spricht sich gegen Kommissionsberatung aus.

Senator Evers: Der neue Vertrag wurde deshalb noch für das laufende Jahr mit Herrn Kurtscholz geschlossen, weil er schwer unter den bisherigen unsicheren Verhältnissen gelitten hatte, dem wir aber doch großen Dank schuldig sind.

Lauestein ist gegen Kommissionsberatung. Die Besucher aus den Nachbarstädten sollten in die Lage versetzt werden, durch gütigere Ansetzung der Theaterabende das Theater besuchen zu können. Redner bemängelt das Vorhandensein der vielen Kinematographen, die ungünstig auf den Besuch des Theaters einwirken.

Löwigt: Befonders in Rücksicht auf die Ausführungen des Herrn Dr. J. Meyer und auch weil mein Antrag auf Kommissionsberatung keine Aussicht auf Annahme hat, ziehe ich denselben zurück. (Bravo!)

Zu der Einzelberatung wünscht Dr. Wittern, daß der Direktor auftreten darf und bittet, daß der bezügliche § 4, der besagt, daß der Direktor nicht auftreten darf, gestrichen werde, oder wenigstens beschränkt auf die Familienangehörigen bleibe. Mindestens sollte Herr Fuchs nach Belieben auftreten dürfen.

Unter dem Äquator.

Javanisches Sittenbild von Friedrich Verstäcker.

48. Fortsetzung.

Die Nebenmenschen würden weit weniger verächtelt werden, wenn alles Karten spielte, mein Kind,“ verteidigte der alte Herr sein Spiel; „denn wenn ihr bei einer Näh- oder Stickerarbeit sitzt, da hat die Zunge freien Raum und kann in dessen das größte Unheil anrichten. Beim Kartenspiel müßt ihr aber still sitzen und aufpassen, und darum mögen es die Frauen so selten leiden. Wenn nur Wagner wenigstens heut abend gekommen wäre, da hätten wir doch eine Partie zusammengebracht; weiß aber der Penker, wo der die letzten Tage steckt; er ist nur ein einziges Mal und dann kaum auf eine Stunde dagewesen.“

Herr Wagner hat jetzt andere Dinge im Kopf,“ lächelte Heffen still vor sich hin, und wird sich auch wohl in der nächsten Zeit hier sehr wenig einfinden.“

„Ach was,“ sagte Herr Komelaer, „der Tag gehört den Geschäften, das ist richtig, was aber nicht abgemacht werden kann, so lange die Sonne am Himmel steht, gehört dem andern Morgen, Mal-Tage natürlich ausgenommen. Da sollte der Penker das Leben in Indien holen, wenn wir uns auch noch unsere einzige freie Zeit, die herrlichen Abende mit langweiligem Briefschreiben verkümmern wollten. Auf einmal kann man doch nicht reich werden, und so lange wir leben, sollen wir das Leben auch genießen.“

„Ich glaube nicht, daß sich Herr Wagner gegenwärtig viel mit Geschäften befaßt,“ fuhr aber Heffen boshaft fort, „wenigstens sollte ich nicht glauben, daß er deren viele im Hotel der Niederlanden abzuschließen hat.“

„Alle Wetter,“ rief Komelaer, sich rasch gegen den Buchhalter umdrehend, „da hab' ich ihn neulich auch getroffen. Er machte dort einen Besuch, und wie er zurückkam, rannte er mich beinahe um, sah mich aber garnicht und hatte einen biden, roten Kopf.“

„So lange wir leben,“ wiederholte Heffen trocken von Komelaers Worte, „sollen wir das Leben auch genießen.“

„Was für Fremde logieren denn dort?“ frug Marie, die den Buchhalter aufmerksam beobachtete, denn es konnte ihr nicht entgehen, daß er sehr wußte, als er bis jetzt ausgeprochen, aber auch vielleicht aussprechen mochte. Er und Wagner waren ja befreundet.

„Keine von Bedeutung,“ meinte Heffen aber ausweichend, „Herr Hauptmann Bernstoff müßte uns sonst darüber Auskunft geben können, denn Sie logieren ja dort auch, nicht wahr?“

„Allerdings,“ sagte der Hauptmann; „wie wir Herrn Wagner aber neulich dort drüben trafen, hat er, so viel ich weiß, einen Besuch bei einer Dame gemacht — einem jungen reizenden Mädchen, das erst ganz kürzlich mit der Rebecca von Deutschland gekommen ist.“

„Ganz recht,“ bestätigte Heffen, „mit einem Schiffe der Firma Wagner und van Roelen.“

„Sie sind boshaft, Herr Heffen,“ rief Marie und schloß, wie sie dabel blutrot wurde.

„Papperlapapp,“ sagte der alte Herr, — „boshaft? Was ist da boshaft dabei; das kann eine ganz unschuldige Geschichte sein — aber höchlich aufgeregt sah er den Tag, das ist wahr. Warte, mein Bursche, wenn er wieder herkommt, wollen wir ihn deshalb einmal tüchtig vorkriegen, und sehen, was er für ein Gesicht dazu macht. — So ein heimlicher Fuchs, was hat er da bei fremden jungen Damen herumzutreiben, wo hier ein Whisttisch mit drei leeren Stühlen steht. Komm Du mir nur wieder vors Kofz, beichten soll er bis zum letzten Buchstaben.“

„Und ist die junge Dame schön?“ fragte Marie, mit einem eigentümlichen Accent auf dem Wort Dame, indem sie sich gegen den Hauptmann wandte.

„Ich habe sie allerdings nur einmal einen Moment und selbst da nicht ordentlich gesehen,“ erwiderte dieser; „da kam sie mir freilich, wenn auch nicht schön, doch sehr hübsch vor. Sie hält sich außerordentlich zurückgezogen.“

„Nimmt aber doch Herrenbesuche an,“ warf Marie ein. „Jedenfalls Geschäftssachen,“ sagte Heffen trocken, „was anderes könnte denn auch Herrn Wagner, unsern solidesten aller soliden Kauf- und Handelsherrn zu Batavia, bewogen haben, Besuche bei einer jungen hübschen Dame zu machen?“

„Was habt Ihr denn nur eigentlich gegen Wagner, Heffen?“ sagte von Komelaer; „so viel ich weiß, standet Ihr doch sonst gut zusammen.“

„O gewiß,“ rief Heffen, durch die direkte Frage etwas außer Fassung gebracht — „aber — ich ärgere mich nur immer, wenn ich jemand finde, der äußerlich so außerordentlich fromm und ehrbar tut und dann doch eigentlich auch nicht besser ist, wie — wie alle miteinander.“

„Sie wissen aber noch gar nichts bestimmtes gegen ihn,“ sagte Marie.

„Ich weiß nichts bestimmtes,“ wiederholte Heffen, den Kopf ungeduldig herüber und hinüber wiegend — „ich weiß — aber versprechen Sie mir, daß Sie allerseits darüber schweigen wollen, denn als Freund dieses Hauses glaube ich gerade gegen Sie kein Geheimnis daraus machen zu dürfen.“

„Meine Frau verrät nichts,“ sagte Komelaer trocken. „Mevrouw van Komelaer, eine dicke, behäbige Dame, war nämlich schon bei des Hauptmanns Erzählung sanft in ihrem Lehnstuhl eingenickt und das spätere Gespräch deshalb spurlos an ihr vorübergegangen. Van Komelaer selber aber mochte diese Art von Enthüllungen, hinter dem Rücken eines andern, nicht leiden. Er achtete Wagner als einen offenen, ehrlichen Mann und tüchtigen Geschäftsmann dazu und obgleich Heffen unstrittig das letztere ebenfalls war, zweifelte er doch sehr, ob er auch auf die ersten Eigenschaften Anspruch machen dürfte. Außerdem genierte ihn die Gegenwart des Hauptmanns, den er doch noch nicht genau genug kannte, und er setzte deshalb nach einigem Zögern hinzu: „Ihr Geheimnis wäre überhaupt viel besser bewahrt, wenn Sie es für sich behielten.“

„Ach, er weiß ja selber nichts, Väterchen,“ lachte aber Marie, die vor Neugierde brannte, zu erfahren, was Heffen sagen wollte.

„Desto besser; dann kann er auch nichts verraten,“ meinte der Vater — „aber hallo — da kommt wahrhaftig noch Besuch — das ist gelcheldi, und noch dazu Goede-kamp und van der Trompl Heren, Mannettes, herein, Euch können wir hier gebrauchen: wir dürfen doch wahrhaftig nicht zu Bett gehen, ohne vorher unser Partichen gemacht zu haben.“

Das Gespräch war dadurch vollständig abgebrochen. Mevrouw van Komelaer erwachte ebenfalls, und Komelaer, während er die Gäste mit seiner alten Herzlichkeit empfing, hatte jetzt vollaus Beschäftigung, den Spielstisch so rasch als möglich zu arrangieren, um noch weiter an Heffens Mitteilungen denken zu können.

„Na, Heffen, wie ist es, macht Ihr ein Bombardement mit?“ frug Komelaer diesen, als die ersten Begrüßungen vorüber waren, denn beide neue Gäste kamen — allerdings nur herüber eines Spieles wegen. (Fortsetzung folgt.)

Senator **Evors**: Herr Fuchs wäre unter einer andern Direktor nicht hier geblieben; im übrigen hat er schon als Direktor genügend Arbeit, so daß ihm kaum Zeit bleibt, als Darsteller zu wirken.

Thiele wünscht, daß nur bis zum 30. April gespielt wird; die Ausdehnung bis zum 15. Mai trage nur zu dem Defizit bei.

Senator **Evors** widerspricht dem.

Dr. **J. Meyer**: Die Libecker Detailisten haben den Wunsch ausgesprochen, die Spielzeit bis 15. Mai auszudehnen, da viele durch die auswärtigen Theaterbesucher Geschäfte machen.

Aug. Wape: Wenn durch die verlängerte Spielzeit ein Defizit entsteht, muß dieses dem Direktor zur Last fallen. Die Gesamtvorlage müßte hierauf angeordnet werden.

Der letzte Senatsantrag betrifft den Erweiterungsbau des Allgemeinen Krankenhaus.

v. Schaack: Wenn wir dem Beispiele des Senats bei der Beamtenbesoldungsvorlage folgen wollen, müssen wir mit der Ausführung des Baues warten bis Deckung vorhanden ist. Doch wir können mit diesem Bau nicht warten, trotzdem wir jährlich 200 000 Mk. Mehrausgaben zu leisten haben. Die Zrennanstalt und weitere noch kommende Unternehmungen werden ebenfalls den Ausgabe-Etat belasten. Redner bezweifelt, daß die ganze Anlage schon in drei Jahren ausgeführt sein dürfte; man müsse mehr sukzessive vorgehen, selbst wenn man mit der Vorlage einverstanden sei. Die Hoffnung auf Vermehrung der Libecker Bevölkerung ist bis jetzt vergeblich gewesen, deshalb darf nur das absolut Notwendige bewilligt werden. Wir müssen durchaus sparen. Das kann bei der Ausführung dieses Baues geschehen. Die Kommission hat hierin nichts getan. Bei einem solch großen Objekt muß die Bürgererschaft prüfen, und ich glaube, daß Sie mir beipflichten, wenn ich Kommissionsberatung beantrage. Die Behörde hat drei Jahre Zeit gehabt, nun muß auch uns Spielraum gewährt werden. Die Privatkranken bezahlen reichlich für die Zimmer, doch sind im alten Krankenhaus nur deren vier vorhanden, diese müssen im rechten Flügel des medizinischen Gebäudes vermehrt werden. Dann verichte ich auch nicht, daß das Desinfektionsgebäude gleich neben der Küche zu stehen kommt. Auch die Lage des Leichenhauses ist nicht günstig; es muß wenigstens durch dichte Baumanlagen etwas verborgen werden. Ich bitte um Kommissionsberatung.

Schöb ist der Ansicht, daß die beantragten Kosten über den Rahmen unserer Kräfte gehen; selbst Altona gibt nur 2 Millionen für denselben Zweck aus. Ersparnisse können wohl gemacht werden; durch eine stufenweise Ausführung nach einem festgelegten Plan ist dies vielleicht möglich, auch können die Stockwerke um eines vermehrt werden; ob dieses ärztliche Bedenken im Gefolge hat, entzieht sich meiner Kenntnis. Der Linoleumbelag entspricht nicht den hygienischen Anforderungen; ein fugenloser Steinbodenbelag ist bedeutend vorteilhafter und nur halb so teuer als die in den Fluren und Gängen vorgezeichneten Platten. Den Ersparnis-Vorschlägen des Kommissionsberichtes stimme ich zu.

Thiele bemängelt die 1. Zt. vorgenommene Entlassung eines Assistenzarztes, weil er ein Jude gewesen ist und ersucht den Senat um Auskunft, ob sich dies so verhält.

Grünau steht auf dem Standpunkt, daß die Senatsvorlage angenommen werden kann und hält die Übersichtlichkeit der Gebäudeanlage für zweckmäßig. Wenn mehr Einzelräume hergestellt werden sollen, würden sich die Kosten erhöhen. Das Badehaus genügt in keiner Weise, ebenso ist das Sonnenbad zu klein, dagegen ist die Einrichtung des mediko-mechanischen Saales zu begrüßen. Von Vorteil wäre es, wenn im Krankenhaus die diätische Kur mehr eingeführt würde. Redner glaubt nicht, daß beim Bau Ersparnisse gemacht werden können. Die Einrichtung mit elektrischem Licht ist zu begrüßen.

Dr. **Wittern** vermißt die Führung vom Senatstische aus; wenn der Senat gegen Kommissionsberatung nichts einzuwenden hat, ist es besser, wenn diese beschlossen wird. Vom Sparen sollte man nicht nur immer reden, in dieser Hinsicht mehr handeln wäre besser. Die Rechtsauskunftsstelle wird uns in den nächsten Jahren jährlich 20 000 Mk. kosten, da hätte gespart werden können. Hier bei dieser Vorlage wäre das Sparen schlecht angewandt. Die Sparbestrebungen, die die Kommissionsberatung beim Zrennanbau zeitigten, werden sich als falsch herausstellen.

Senator **Dr. Kalkbrenner**: Die Ausgaben werden nicht in dem Maße eintreten, wie Herr v. Schaack glaubt. Ein neu angestellter Kosttarif wird Mehreinnahmen bringen. Namentlich sollen die besser situierten Kreise mehr herangezogen werden. Der Bau ist eine staatliche Notwendigkeit, die jetzigen Zustände im Krankenhaus sind unhaltbar. Die Herren Doktoren haben erklärt, daß sie die Verantwortung ablehnen müssen, wenn nicht bald Abhilfe geschaffen werde. Die Vorlage ist sehr reichlich geprüft, eine Kommissionsberatung würde Neues nicht zutage bringen. Es liegt im Interesse der Kranken, wenn beim Bau nur das beste Material verwendet wird. Das Ausscheiden des jüdischen Arztes ist in keiner Weise mit seiner Konfession in Verbindung zu bringen.

Dr. **Schlomer** behält sich vor, später auf die letzten Ausführungen des Senators Kalkbrenner zurückzukommen; die Dinge lägen wesentlich anders. Wenn Herr v. Schaack Kommissionsberatung beantragte, so ist ihm mit Recht vom Senat erwidert worden, daß der Bau keinen Aufschub erleiden könne. Ich habe eine eingehende Besichtigung des Krankenhauses vorgenommen und gefunden, daß die Zustände dort unhaltbar sind. Die Patienten werden besonders ins Krankenhaus geschickt, wenn in der Wohnung Genesung nicht zu erwarten ist. Es sind mir Zimmer gezeigt worden im Krankenhaus, welche es mir als unverantwortlich erscheinen lassen, die Kranken dorthin zu verweisen. Der neue Pavillon ist zweckmäßig eingerichtet, es sind aber noch Räume vorhanden, die einer Stadt wie Lübeck nicht würdig sind. Die Verantwortung für solche Zustände fällt auf die Behörde zurück, die mit dem Neubau nicht frühzeitig genug an die Bürgererschaft herantreten ist. In diesem Falle kann ich nicht einsehen, was eine Kommission an der Vorlage noch ändern könnte. Die Bürgerauskunftskommission hat sich große Mühe gegeben, Ersparnisse zu machen, ich glaube nicht, daß noch mehr gespart werden kann. Eine Kommission würde das Projekt nicht fördern, sondern nur hindern; die Wünsche können heute noch mitberaten werden. Wenn wir den Bürgerauschuss nicht hätten, würden wir durch eine bürgerliche Kommissionsberatung viel mehr erreichen, wie mit Kommissionsberatungen des Bürgerauschusses, auf die die Bürgererschaft keinen Einfluß hat. Die Gründe für die beantragte Kommissionsberatung sind hier zweierlei Art. Erstens diejenigen von Herrn Schöb, welche die inneren baulichen Ausführungen betreffen, diese können im Laufe des Baues zur Erörterung kommen und schließlich auch berücksichtigt werden, die Kommission würde den Bau nur aufhalten. Eine andere angeschnittene Frage ist, ob das Krankenhaus nicht zu groß wird; ich bin überzeugt, daß es nach Ablauf der dreijährigen Bauperiode noch zu klein sein wird. Es müssen auf 1000 Einwohner mindestens fünf Betten vorhanden sein. In Verbindung mit dem Krankenhaus könnte man ein Genesungsheim errichten; das wäre sehr gut für diejenigen, die jetzt im Krankenhaus Plätze belegen, hauptsächlich für die Reichhaltigen, besonders die Dienst-

mädchen, die könnten besser in einem Genesungsheim untergebracht werden. Die leitenden Ärzte könnten während der Bauzeit diese Anregung in Erwägung ziehen: es würden dadurch sicher bessere Resultate erzielt. Der Pavillonbau ist zwar teurer, aber auch viel idealer. Das Bauen größerer Gebäude ist nicht angebracht. Es ist unser Bestreben, die Bevölkerung aus den großen Mietkasernen herauszubringen, und da können wir die Kranken nicht in Krankenhaus-Mietkasernen zwingen. Die Kommission wird auch hier keine erheblichen Änderungen treffen können. Es wäre ein schwerer Fehler vom einstöckigen Bau zum zweistöckigen zu schreiten. Die Tuberkulosekranken bitte ich im Pavillon zu belassen, sie brauchen vor allem Licht und Luft. Es wird gesagt werden, die Genesungsheime sind auch zwei- und dreistöckig. Der Pavillon ist für Schwerkranken errichtet; bei diesen ist die Übertragung der Krankheit am schlimmsten, daher müssen große helle Räume vorhanden sein. Die Mehrkosten beeinflussen das Ganze nicht erheblich. Mein Wunsch ist ferner, die Liegehallen zu verlegen; ebenso die Lage des Leichenhauses, aber dies letztere wird wohl schwer möglich sein. Herr v. Schaack verlangte mehr Einzelzimmer, Krankenzelle von 6, 8 und 10 Betten sind gut, dagegen sind die von Dr. Lehnhoff geforderten für 20 und mehr Personen zu verwerfen. Gewiß ist das Einzelzimmer für Schwerkranken das Ideale, ebenso sprechen aber auch Einwände dagegen. Viele Kranke verlangen nach einem größeren Saal, damit sie sich nicht langweilen. Es sollen ferner Einzelzimmer für Privatkranken 1. und 2. Klasse gebaut werden. Es wäre besser, einen gleichmäßigen Tarif einzuführen und die 1. und 2. Klasse überhaupt wegzulassen. Die Privatkranken gehören nicht in ein öffentliches Krankenhaus, wenn sie sich nicht den allgemeinen Vorschriften fügen wollen. Solche Einrichtungen erregen Mißfallen bei den andern; sie wirken ungünstig auf die Drittklassigen, die sagen: bei dem geschieht mehr als bei mir, würde ich das gleiche erhalten, machte meine Genesung bessere Fortschritte. Verlangt ein Kranker Besseres, muß er eben ein Sanatorium aufsuchen, wo dies gewährt wird. In skandinavischen Ländern sind keine Klassenunterschiede in Krankenhäusern vorhanden. Einzelzimmer dürfen nur nach ärztlichen Gesichtspunkten gewährt werden. Die dreistöckigen Zimmer sind am schlimmsten weggenommen; für die Schwerkranken der 3. Klasse sollen sie am kleinsten gemacht werden. Dagegen muß ich mich entschieden wenden. Eine besondere Apotheke müßte man gleichfalls einrichten. Die Forderung der Bürgerauskunftskommission, daß die niederen Angestellten nicht im Kellergehoß untergebracht werden sollen, kann man nur unterstützen. Die Räume entsprechen zwar den Vorschriften der Hygiene, aber diese Grenze sollte nicht nur eingehalten werden, es kommt auch der psychologische Eindruck der Bewohner in Frage. Es ist immer ein niederdrückendes Gefühl, wenn der Erholungsraum im Keller liegt. Will man gutes Wärterpersonal, muß auch für gute Unterkunftsräume gesorgt werden. Diese meine Ausführungen lassen sich berücksichtigen, ohne daß Kommissionsberatung notwendig wird.

Senatskommissar **Dr. Hoffstätter** pflichtet Dr. Schlomers Ausführungen bei und geht im Speziellen auf die vorgebrachten Wünsche der verschiedenen Redner ein; er erklärt u. a., daß das Leichenhaus allerdings nicht mehr entfernt werden könne, es sei aber Vorkehrungen getroffen, daß die Kranken bei Leichenentrporten nicht belästigt würden. Auch sei ein Raum geschaffen, wo eine kleine Hausapotheke eventl. eingerichtet werden könne.

Dr. **Schenburg** hebt hervor, daß der Bürgerauschuss doch aus der Bürgererschaft hervorgegangen und deshalb die Vertretung derselben sei. Die Bürgerauskunftskommission habe alles genau untersucht; eine nochmalige Kommissionsberatung sei deshalb überflüssig. Jeder Weg, hier Ersparnisse zu machen, sei verfehlt.

Völs spricht zugunsten der Kommissionsberatung, Ersparnisse könnten sicherlich gemacht werden.

Senator **Dr. Kalkbrenner**: Nach den sachverständigen Ausführungen von dem Oberarzt Dr. Hoffstätter, Dr. Schenburg und Dr. Schlomer ist es doch entschieden, daß es unmöglich ist, die aufgesetzte Summe für den Bau zu verringern.

Goleman spricht sich ebenfalls gegen Ersparnisse bei dem Neubau aus; der Erweiterungsbau ist in keiner Weise zu beschneiden, auch die Bauausführung läßt Minderausgaben nicht zu. Ich bitte dringend, von einer Kommissionsberatung abzulassen.

v. Schaack wundert sich, daß bei einer Ausgabe von 2 Millionen Mark die Bürgererschaft nicht kommissarisch prüfen soll. Wir sind in allen Bauten viel zu opulent. Wenn auf das Vorprojekt vier Jahre Zeit verwendet wurde, kommt es auf eine kommissarische Beratung, die höchstens drei Monate währen kann, nicht an. Ich bin selbstverständlich für die Senatsvorlage, aber ich kann nicht begreifen, daß ein Millionenprojekt so ohne weiteres bewilligt werden soll. Die weiteren Ausführungen des Redners gehen auf die Angaben der Vorredner im besonderen ein, und enden mit dem Wunsche, daß mindestens die Bauzeit auf eine längere Reihe von Jahren verteilt werden sollte.

Dr. **Görz** ist von den Ausführungen des Vorredners nicht überzeugt, daß eine Kommissionsberatung notwendig sei. Die Behörden seien verpflichtet, möglichst billig zu bauen im Interesse der Steuerzahler. In anderen Städten wird viel opulenter gebaut als bei uns; den Bau auf weitere Jahre zu verteilen, geht auf keinen Fall, wir müssen den Sachverständigen auf medizinischem Gebiete Glauben schenken. Die Kommission beim Zrennanbau hat wohl Abstriche gemacht, die wir aber wieder nachbewilligen müssen. Die Ausführungen des Herrn Dr. Schlomer haben mich sehr interessiert; ich wäre auch für Aufhebung der ersten Klasse im Krankenhaus und würde den Bessersituierten empfehlen, in ein Sanatorium zu gehen, aber diese Kranken bringen gerade Geld, und das kommt den andern wieder zugute. Ich bin auch der Auffassung Dr. Schlomers, daß es den Kranken in der dritten Klasse nicht gut genug gegeben werden kann. Was Herr Dr. Schlomer in der Sache des Bürgerauschusses gesagt hat, wird als Material für das Verhältnis dieser Körperschaft zur Bürgererschaft verwandt werden, um andere verfassungsgesetzliche Grundlagen herbeizuführen. Im übrigen bitte ich, die Vorlage anzunehmen.

Dr. **Wittern** erlucht Herrn v. Schaack, den Antrag auf Kommissionsberatung zurückzuziehen.

Dr. **Schlomer** gibt seiner Genugtuung über die von Dr. Görz erwähnte Abänderung der Verfassung im Verhältnis zum Bürgerauschuss Ausdruck. Herr Dr. Görz glaubt, man sollte auf die 1. und 2. Klasse mehr Wert legen. Ich glaube aber, daß finanzielle Überflüsse nicht eintreten werden, denn die Erst- und Zweitklassigen stellen viel mehr Ansprüche, sodas nichts übrig bleibt; wenigstens wird es auf den Gesamtetat nur wenig ausmachen; schließlich wird das Krankengebiet für die dritte Klasse erhöht werden, die gerade das meiste bringt. Das würden wir allerdings bedauern und wir werden auch dagegen kämpfen. Die Antwort vom Senatstische über die Entlassung des jüdischen Assistenzarztes Dr. Magnusson war sehr bequem. Herr Dr. Kalkbrenner schließt die ganze Angelegenheit auf unverbindliche Zeitungsberichte. Die Tatsachen sind aber unumwiderrlegt. Der Assistenzarzt ist am 10. Mai 1909 hier eingetroffen, nachdem er vorher jährlich auf drei Monate verpflichtet war.

Ob er aber von den andern Ärzten genannt wurde; war von diesen beschlossen, keine Beziehungen mit ihm anzuknüpfen. Die Assistenzärzte drückten dem neuen Kollegen gegenüber den Wunsch aus, daß er das Krankenhaus verlassen möchte. (Hört, hört!) Auf geforderte Gründe für das Vorgehen wurden ihm solche nicht gegeben. Das zeugt nicht gerade von großem Mut der Assistenzärzte und für die Güte der Gründe. Der leitende Arzt Dr. Hoffstätter erklärte, er kümmerne sich nicht um die ganze Geschichte, er wolle ein gebelliches Zusammenarbeiten. Der Senat hat auf eingehende Beschwerde in bürokratischer Weise erklärt, er könne sich nicht damit befassen. Nun wurde aber im vorigen Herbst in der ärztlichen Zeitschrift für das hiesige Krankenhaus ein Assistenzarzt christlicher Konfession gesucht (Hört, hört!); dadurch bekam die Sache doch ein ganz anderes Gesicht. Der Oberarzt sagte, er habe das Inserat nicht gern erlassen, aber er wolle mit den Assistenzärzten Ruhe haben. Das hätte der Oberarzt nicht tun dürfen. Ein solches Inserat darf nicht mehr eingelegt werden. (Zuruf: Es war ein Skandal!) Wir jüdischen Ärzte sind ja an solche Skandalen gewöhnt. In eine andere Auffassung seitens der maßgebenden Kreise glaube ich erst, wenn ich Tatsachen sehe und hier ein jüdischer Arzt eingestellt wird. Ich werde sehr bald dafür sorgen, daß die Verwaltung Farbe bekennen muß. Tatsache ist auch, daß das Vorgehen zusammenhängt mit dem an andern Orten. Wir wollen aber nicht, daß der liberale Staat seine Hand dazu bietet, die jüdischen Ärzte auszuschließen. Redner erinnert daran, daß die Entwicklung der medizinischen Wissenschaft den jüdischen Ärzten viel zu danken habe, ebenso hätten diese an der Standesbewegung Anteil genommen; die jüdischen Ärzte seien aber nicht nur dazu da, die Kassen für andere aus dem Feuer zu holen, damit den jungen Assistenzärzten, die gerade Antisemitismus treiben, die Früchte mühelos in den Schoß fielen. Die ganze Sache sei eine Folge der antisemitischen Agitation, wie sie auf den Universitäten gepflogen werde, wo Juden und Sozialdemokraten als Feindbild gelten. Er verlange als Vertreter der Libecker Bevölkerung und als Jude, daß der liberale Staat sich nicht dazu hergebe, diese Bestrebungen zu unterstützen. Herrn Magnusson muß Genugtuung geschehen, und zwar dadurch, daß den beteiligten Herren ein Kliff erstellt wird. Der Senat muß seinen festen und offenen Willen kundgeben, daß am Krankenhaus so etwas nicht wieder vorkommen darf.

Senator **Dr. Kalkbrenner** bestreitet, daß das Ausscheiden des betr. Arztes wegen seiner Konfession stattgefunden habe. Das Vorgehen beruhe in der Person des Assistenzarztes. Das Inserat habe der Senat mißbilligt, es sei auch der hiesigen jüdischen Gemeinde davon Mitteilung gemacht worden.

v. Schaack zieht seinen Antrag auf Kommissionsberatung zurück.

Dr. **Görz** verurteilt ebenfalls den Erlaß des Inserats, er freut sich auch, daß der Senat dieses verurteilt hat.

Der Senatsantrag wird einstimmig angenommen.

Schluß 10 Uhr.

Aus der Partei.

Aus der Jugendbewegung. Einen harten Verlust hat die Jugendbewegung zu beklagen. Der Vorsitzende der Berliner Jugendorganisation, Genosse **Fritz Maschke**, erlag am 19. d. M. im 22. Lebensjahre einem bössartigen Leiden. Bereits als Siebzehnjähriger wurde er von der damals in Berlin machtvoll aufsteigenden proletarischen Jugendbewegung mächtig angezogen, stellte sich sogleich in ihre ersten Reihen und war seitdem ununterbrochen trotz zehrender Krankheit für die Sache der Jugend und der Arbeitererschaft emsig tätig. Er erwies sich bald als ein hervorragend wirksamer Agitator. Die hinreißende Begeisterung seiner schlichten Sprache führte ihm die Herzen der Jugendlichen zu. Hatte er doch am eigenen Leibe an den Folgen der kapitalistischen Ausbeutung zu leiden. Schon in seiner Kindheit mußte er, frühzeitig des Ernährers beraubt, für den Lebensunterhalt seiner Angehörigen beitragen helfen. Die Ausbeutung im Jünglingsalter pflanzte in dem schwachen Körper den Keim der tödlichen Proletarierkrankheit, die ihn dahintraffen sollte. Genosse Maschke war außer in der Jugendorganisation noch im Berliner Jugendausschuss und in der Zentralkasse für die arbeitende Jugend Deutschlands als Vertreter der Jugendlichen eifrig tätig.

Gewerkschaftsbewegung.

Achtung Kartonnagearbeiter! In Sebnitz i. Sa. drohen bei der Kartonnagen-Fabrik **Rob. Müller & Co.** Differenzen auszubrechen. Zugun von Kartonnagenarbeitern, Buchbindern und Hilfsarbeitern ist fern zu halten.

Eine Sympathie-Aussperrung nahm die Firma **Medinger** in Unter-Liederbach bei Höchst a. M. vor. 200 Lederarbeiter wurden plötzlich entlassen, weil sie sich weigerten, Streikarbeit für die Firma zu leisten, die vom **Baekang** in Württemberg kam, woselbst die Arbeiter ausständig sind.

Neuer Streik in der Zellulosewareindustrie in Nürnberg. Bei der Firma **Gebrüder Wolff**, wo im vorigen Jahre viele Wochen hindurch ein schwerer Kampf tobte, der schließlich täglich große Volksbewegungen auf der Straße hervorrief, wobei ein Streikposten ermordet wurde, ist Mittwoch früh wieder ein Streik ausgebrochen, nachdem die Firma jetzt 30 Beteiligte am vorjährigen Kampf entlassen hatte. Alle Vermittlungsvorschläge der Stadt- und Staatsbehörden lehnte die Firma profligterweise ab.

Lohnbewegungen im Tischergewerbe. In Straßburg wurde auf den Verhandlungen ein verbesserter Akkordtarif geschaffen, der 8-15 Prozent Lohnerhöhungen enthält. Die tägliche Arbeitszeit wurde auf 9 Stunden festgelegt. In **Fuchsheim** wurde ein verbesserter Lohnvertrag geschaffen. In **Kamen** erreichten die Scheidentöpler auf dem Verhandlungswege eine Lohnerhöhung von 12-15 Prozent auf die verschiedenen Geschirrgattungen, ab 1. Januar 1911 erhalten sie weitere 4 und ab 1. Januar 1912 wiederum 4 Prozent Zulage, so daß die Lohnerhöhungen rund 20 Proz. betragen. In einer großen Ofenfabrik desselben Ortes wurden 5 Proz. Lohnerhöhung pro Stunde erreicht. In **Hamburg** hat das große Ofengeschäft von **Wessely** nach jahrelanger Sperre sich endlich verständig, den geltenden Lohnvertrag anzuerkennen und Arbeitskräfte fortan nur vom paritätischen Arbeitsnachweis zu nehmen. Eine Bewegung der Töpfer in **Logau** hat dazu geführt, daß die Positionen des Akkordtarifes hier um 6-10 Prozent aufgebessert wurden. Ein eintägiger Streik in **Grünberg** (Schl.) brachte einen einheitlichen Lohnvertrag und damit gute Verbesserungen im Arbeitsverhältnis. In **Söra** erreichten die Töpfer einen verbesserten Akkordtarif. Die Verbesserungen sind bedeutend und betragen stellenweise bis zu 30 Proz. Die Stundenlöhne werden am 1. Septbr. d. J. um 5 Pfg. ab 1. Septbr. 1911 um weitere 5 Pfg. erhöht. In **Halle a/S.** wurde gleichfalls auf dem Verhandlungswege ein verbesserter Akkordtarif geschaffen. Die Erhöhungen betragen 5-10 Proz. Bei **Lohnarbeit** erfolgt es sofortiger Aufschlag von 4 Pfg. pro Stunde, im nächst-

Jahre erfolgt ein weiterer Aufschlag von 8 Pfg. und im Jahre 1912 werden wiederum 8 Pfg. Zulage pro Stunde gewährt. Die Kämpfe der Scheibentöpler in Buzslau und Naumburg a/O. währen nun bereits ca. 8 Wochen. Sie werden ungeschwächt weitergeführt. Streikbrecher sind so gut wie nicht vorhanden.

14. Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes. Die Generalversammlung wurde in Braunschweig von dem ältesten Delegierten Gräbner, Hanau mit herzlichem Begrüßungsworten eröffnet. Anwesend sind 83 Delegierte, 13 Gauleiter, 4 Vorstandsmitglieder, Sillken, Altona als Vertreter des Ausschusses und Fr. Geier, Leipzig als Vertreter des Fachorgans. Das Bureau der Generalversammlung bilden Wörner, Berlin und Ostertag, Altona als Vorsitzende und Langen, Sorottau, Strüglitz, Dittmar, Rasch, Waldheim und Niegler, Kreuznach als Schriftführer. Den Geschäftsbereich des Vorstandes erstattet der erste Vorsitzende Deichmann, Bremen. Er erklärte zunächst, warum der Vorstand die Generalversammlung nicht schon im vorigen Jahr, wo sie eigentlich fällig war, einberufen habe. Sie seien dieser Pflicht nicht nachgekommen, weil der Verband sich in einem gewaltigen Kampfe gegen die Besteuerung der Tabakindustrie befunden habe, und alle Kräfte benützt werden mußten, um diesen Abwehrkampf führen zu können. In dieser unsicheren Periode wäre es unnatürlich gewesen, eine Generalversammlung einzuberufen. Deichmann hebt dann die Gründe hervor, die für die Anstellung von drei weiteren Gauleitern in der Geschäftsperiode für den Vorstand maßgebend waren. Er bittet, die Anstellung dieser drei Gauleiter zu bestätigen. Redner bespricht nun eingehend die Tabakbesteuerung und ihre Folgen. Er erinnert an die gewaltige Tätigkeit, die beim Abwehrkampf entfaltet wurde, und weist auf den aus diesem Anlaß einberufenen Tabakarbeiterkongress in Berlin hin, an dem sich die Christlichen nicht beteiligten hatten. Trotz des starken Protestes sei es ihnen aber nicht vergönnt gewesen, das Glend von den Tabakarbeitern abzuhalten. Die Folgen der Tabakbesteuerung seien weit, weit schwerer und unheilvoller geworden, als sie vorausgesehen hätten. Welchen politischen Parteien haben wir das über die Tabakarbeiter hereinbrechende Glend zu verdanken? Den Konservativen, der Reichspartei, dem Zentrum, den Antisemiten, den Polen und dem Bund der Landwirte. Darauf muß immer und immer wieder hingewiesen werden! Freilich, die linksstehenden bürgerlichen Parteien hätten die Tabakbesteuerung auch mitgemacht, wenn der Wock nicht gesprengt worden wäre. Das Verhalten der bürgerlichen Parteien in der Steuerfrage zeigt uns, wie notwendig es ist, daß jeder einzelne unserer Kollegen für die Wahl von Arbeitervertretern in den Reichstag tatkräftig mitwirkt. Wir haben alle die Pflicht, neben der gewerkschaftlichen Tätigkeit uns auch politisch zu betätigen. (Sehr richtig!) Die Tabakbesteuerung hat eine ungeheure Arbeitslosigkeit gesetzt. Nach den Angaben des Reichsstatistikbüros Vermuth im Reichstag waren es bis Ende 1909 53 588 Tabakarbeiter, die von Arbeitslosigkeit betroffen und Unterstützungsgeld einrichteten. Nach einer von uns in der Woche vom 4. bis 9. Juli aufgenommenen Statistik waren nicht weniger als 10,31 Proz. aller unserer Mitglieder arbeitslos. Zieht man auf Grund dieser Zahl Rückschlüsse aus der Zahl der insgesamt in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter, so kann man sagen, daß im gegenwärtigen Moment, oder nach Verlauf eines Jahres seit der Inkraftsetzung der neuen Steuern, die Zahl der durch die Tabakbesteuerung arbeitslos gewordenen Arbeiter nochmal so groß ist, als sie nach der Angabe Vermuths war. Deichmann gibt dann ein Bild des schmählichen Verhaltens der Zentrumspartei in der Unterstützungsforderung der arbeitslosen Tabakarbeiter, und hebt dann mit Genehmigung hervor, daß sich die Mitgliederzahl des Verbandes trotz der ungünstigen Berichtszeit etwas erhöht hat und begründet zum Schluß seiner Ausführungen folgende Resolution: Die 14. ordentliche Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes protestiert gegen die von den verbündeten Regierungen und dem Reichsstatistikamt bewirkte ungesetzliche Verringerung des Artikels 2a des Tabaksteuergesetzes vom 15. Juli 1909, sowie gegen die daraufhin vom 16. Juli 1910 ab vollzogene Verkürzung der Unterstützung an die durch das Tabaksteuergesetz arbeitslos gewordenen, geschädigten Tabakarbeiter und gegen die gänzliche Beseitigung der Unterstützung am 3. Dezember 1910. Die Versammlung appelliert in Rücksicht auf die Tatsache, daß infolge des Tabaksteuergesetzes — wie jetzt auch durch die Enquete des Verbandes über die Arbeitslosigkeit festgestellt ist — die Arbeitslosigkeit unter den Tabakarbeitern noch in großem Umfange anhält, an den Reichstag und erwartet von ihm die Wiederherstellung der Unterstützung nach Artikel 2a des Tabaksteuergesetzes.

Den Kassenericht gibt der Hauptkassierer Nieder, Welland, Bremen. Berichterstatter des Ausschusses ist Sillken, Altona. In der verflochtenen Geschäftszeit seien 20 Beschwerden an den Ausschuss gelangt, von denen der Ausschuss nur drei als berechtigt anerkennen konnte. Der Anstellung von drei weiteren Gauleitern habe der Ausschuss zugestimmt.

In der Debatte über die Geschäftsberichte, die ausgedehnt ist, besprechen die einzelnen Redner hauptsächlich die Wirkungen der Tabaksteuer. Alle geben ein Bild der Verhältnisse in ihrem Gau und alle berichten, daß die erneute Belastung des Tabaks die Kollegen schwer getroffen hat. Ziffermäßig bewiesen die Redner, welche ungeheure starke Arbeitslosigkeit durch die Besteuerung hervorgerufen wurde und wie herzlich wenig die vier Millionen Mark sind, die vom Reichstag und von der Regierung zur Unterstützung der durch die Arbeiter arbeitslos werden Tabakarbeiter angelegt wurden.

Bürgerlicher Kummer um den Landarbeiter-Verband. In der bürgerlichen Presse finden wir in der letzten Zeit massenhaft Notizen, die sich mit dem Landarbeiterverband beschäftigen. Die Tatsache, daß der Landarbeiterverband im ersten Jahre seiner Tätigkeit gute Erfolge aufzuweisen hat, läßt die Kulis, die die reaktionäre Presse mit Material zur Bekämpfung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie zu versorgen haben, auf alle möglichen Mittel sinnen. In den letzten Tagen fanden wir in der konservativen Presse folgende Notiz:

„Die sozialdemokratische Organisation der Landarbeiter. Wie der „Inf.“ mitgeteilt wird, hat die vor einem Jahre am 1. Juni 1909 von sozialdemokratischen Agitatoren ins Leben gerufene sozialdemokratische Organisation der Landarbeiter wenig Erfolge aufzuweisen. Es sind zwar bis zum 1. April 1910 3750 Mitglieder gezählt worden, soweit man den Angaben der sozialdemokratischen Geschäftsleitung der Organisation glauben darf. Auf Brandenburg entfallen davon 800 sozialdemokratisch organisierte Landarbeiter. Selbst wenn diese Zahl auch objektiv richtig sein sollte, dann ist der Prozentfuß ein so minimaler, daß er fast garnicht in Betracht kommt. In Brandenburg sind rund 260 000 Arbeiter beschäftigt. Tatsächlich aber ist selbst diese Zahl von 800 bezw. 3750 sozialdemokratischen Mitgliedern unrichtig, da sehr viele Arbeiter, die sich der Organisation angeschlossen haben, dreimal und viermal gezählt werden, wenn sie einem Dienst verlassen und in einen anderen eintreten. Die

Landarbeiter sehen die Agitation der Sozialdemokraten im allgemeinen höchst ungern und sehen ihr oft eine sehr energische Abwehr entgegen. Von hunderten, zu denen die Agitatoren sprechen, findet sich nach dem eigenen Bericht der sozialdemokratischen Organisation oft nur ein einziger Arbeiter bereit, der Organisation beizutreten. Auch dieser tut es nicht öffentlich und sofort, sondern erst hinterher und im Geheimen, da er sich vor seinen Kameraden deswegen schämt. Die landwirtschaftlichen Arbeiter wissen genau, was sie von den Besprechungen der Agitatoren zu halten haben und bringen den „Sozial“ und ihren Anhängern bezw. übergelaufenen Arbeitern nur Hohn und Spott entgegen. Wenn auch die Bestrebungen der Sozialdemokratie noch an dem gesunden Sinne der meisteils von Lande stammenden Landarbeiter scheitern, so werden doch bereits von mehreren Stellen Gegenmaßnahmen gegen die immer mehr überhandnehmende sozialdemokratische Agitation getroffen, wie vaterländische Vereine, Schriften usw.“

Das „Inf.“ bedeutet „Information“, eine Korrespondenz, die vom Reichsverband gespeist wird. Wir kennen die Schnüffeleien des Reichsverbandes. Als in der Parteipresse von dem erstatteten Bericht des Landarbeiterverbandes die Rede war — die Leitung des Landarbeiterverbandes hatte keinen offiziellen Bericht herausgegeben — sandte der Reichsverband unter der Maske der Buchhandlung „Teutonia“ einen Sendboten in das Hauptbureau des Landarbeiterverbandes, um die letzte Nummer der Zeitung zu erwerben. Man nahm nämlich an, den Geschäftsbericht in der Juli-Nummer der Zeitung zu finden. Damit war es also Essig. Aber die Kreise, die den Reichsverband anhalteten, mußten doch bedient werden. Also wurden die Zahlen, die in der genannten Notiz veröffentlicht sind, einfach aus den Fingern gelesen. Von „Angaben der sozialdemokratischen Geschäftsleitung der Organisation“ zu sprechen, ist Unfug. Die Mitgliederzahl am 1. April 1910 ist überhaupt noch nicht bekannt gegeben worden, noch nicht einmal in engerem Kreise. Die Zahl der Mitglieder ist natürlich bedeutend höher und geht es zum Trost der Gegner rüstig vorwärts. Daß auf die Provinz Brandenburg 800 Mitglieder entfallen sollen, ist ebenfalls unrichtig. Kurz, die angegebenen Zahlen sind purer Schwindel. Mitglieder dreis bis viermal zu zählen, mag bei den vaterländischen Arbeitervereinen zutreffen. Wenn die Gegner annehmen, daß dies auch im Landarbeiterverband der Fall sei, dann mögen sie bei diesem Glauben selig werden. — Bei dem Gerede von den geringen Erfolgen der Agitatoren ist jedenfalls der Wunsch der Vater des Gedankens. Eine energische Abwehr kann heute den Stützungen des Reichsverbandes zuteil werden, wenn sie die Kreise der Landarbeiter „belehren“ wollen, die dem Landarbeiterverband angeschlossen sind.

Unabhängigkeit einer Stadtverwaltung gegen organisierte Arbeiter. In Halle a. S. macht die Organisation der Gemeindearbeiter gute Fortschritte. Darüber ärgern sich offenbar die maßgebenden Personen der Stadtverwaltung. Da obendrein auch noch einige Notizen im Volksblatt erschienen, welche Zustände in städtischen Betrieben kritisierten, hielt es der Magistrat an der Zeit, hergegen etwas zu unternehmen. Er entließ kurzerhand den ersten Vorsitzenden der Ortsgruppe der Gemeindearbeiter, den Genossen Lorenz, aus der Beschäftigung und gab ihm auch noch ein Schriftstück darüber, worauf zu lesen war, daß dies auf „Beschluß des Magistrats“ geschehe. Lorenz ist viele Jahre in städtischen Betrieben beschäftigt und hat sich in seiner Arbeit nicht das geringste zu schulden kommen lassen. Als Lorenz auf dem Rathaus vorstellig wurde und den Grund der Entlassung wissen wollte, gebrauchten alle Beamten Ausreden, der eine schob die Schuld auf den andern und schließlich hieß es, daß überhaupt kein Beschluß des Magistrats in der Sache vorliege. Am 16. Juli fand eine öffentliche Protestversammlung statt, die zur Sache Stellung nahm. Sie wird auch noch ein Nachspiel im Stadiverordnetenkollegium haben. Die Wiedereinstellung des Lorenz wird abgelehnt.

Die Aufdeckung einer Unternehmerrüge. Im November vorigen Jahres hatten die Drucker der Papetenfabrik von Lammerstein und Steinmann in Rölln-Zollstuck die Arbeit niedergelegt, weil sie sich weigerten, Streitarbeiten aus einer anderen Papetenfabrik in Braunschweig fertigzustellen. Von der bürgerlichen Presse wurde damals behauptet, daß vier arbeitswillige Drucker von etwa 20 Ausständigen unter Führung des Gauleiters des Genesfelder Bundes, Genossen Otto Bauknecht, überfallen und tödlich beleidigt worden seien. Es zeige sich deutlich — so hieß es — mit welchen Mitteln gearbeitet werde, um arbeitswillige und friedliche Arbeiter unter die Gewaltherrschaft der Ausständigen zu bringen. Dieser „Fall“ wurde vom Kölner Arbeitgeberverband aufgegriffen; er machte ihn zur Unterlage für eine Eingabe an das Ministerium des Innern, um bei der Beratung der neuen Strafgesetznovelle eine Verschlechterung des Koalitionsrechts durch das Verbot des Streikpostenstehens herbeizuführen. Auch die Staatsanwaltschaft wurde von dem angeführten Überfall in Kenntnis gesetzt, die denn auch gegen acht Arbeiter Anklage erhob. Der Arbeitgeberverband hat aber mit seiner Terrorisierungsstrategie vor dem Kölner Schöffengericht eine arge Niederlage erlitten. Sämtliche Angeklagten wurden freigesprochen, die Behauptungen vom Terrorismus der Arbeiter haben sich als unwahr erwiesen. Trotzdem auch schon bei vielen anderen Gelegenheiten ähnliche Unternehmerrügen aufgedeckt wurden, werden die Scharfmacher nicht aufhören, gegen die organisierten Arbeiter in der Art zu gehen.

Soziales.

Die internationale Konferenz über Arbeitslosigkeit. Die letzte Wirtschaftskrise, die im Winter 1908/09 ihren schmerzlichen Druck erreichte, hat die Frage der Arbeitslosigkeit in ganz Europa aufgerollt, den Reichstag, die Landesparlamente und die Stadtversammlungen zur Stellungnahme gezwungen und das Wissen darüber in die weitesten Kreise getragen und vertieft. Die Diskussion ist heute noch nicht abgeschlossen und wird wahrscheinlich nicht früher ermüden, bis die platonischen Liebeserklärungen der Parlamente sich zum praktischen Arbeitslosen schutz verdichtet haben. Auf die Zeit vom 18. bis 21. September haben nun die bekanntesten bürgerlichen Sozialpolitiker der ganzen Welt einen Kongress über die Arbeitslosenfrage nach Paris einberufen. Aus Deutschland werden unter andern teilnehmen: Staatsminister a. D. von Berlepsch, Dr. Freund vom Verband deutscher Arbeitsnachweise, Professor Franke von der Gesellschaft für soziale Reform, Dominikus-Sträßburg, Ferner kommen Sozialpolitiker aus Frankreich, Österreich, Amerika, England, Belgien, Dänemark, Finnland, Holland, Ungarn, Italien, Norwegen, Schweden, Schweiz, Spanien, Australien, Japan usw. Die Tagesordnung der Konferenz lautet: 1. Methodisches Inventar der den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit betreffenden Anordnungen. Angabe der Richtungen, welche dieselben in den verschiedenen Ländern genommen haben. 2. Statistik: Welchen Wert haben die verschiedenen in Frage kommenden statistischen Quellen? Insbesondere Prüfung der bei den Volks- und Gewerbebefragungen gewonnenen Angaben. Welcher Wert ist den daraus entnommenen Resultaten beizulegen, und wie würden sich jene

Zählungen verbessern lassen? 3. Arbeitsnachweise: Welches sind die besten Mittel, dessen Organisation zu fördern? Wie läßt sich insbesondere der Arbeitsnachweis von Stadt zu Stadt, von Provinz zu Provinz, von Land zu Land organisieren und verbessern? 4. Verhältnisse: wesen: Organisation und Resultate der verschiedenen Versicherungskassen. Wie läßt sich namentlich kontrollieren, ob Arbeitslosigkeit bei den versicherten Arbeitern vorliegt oder nicht? 5. Dauernd herzustellender Zusammenstoß der Fachmänner verschiedener Länder. Diese Tagesordnung verspricht ein gründliches Eindringen in die Materie — mit welchem Erfolge, werden die Septembertage lehren.

Jubel Sozialpolitik. Das Organ der industriellen Scharfmacher, die „Voll“, wird nicht müde, über die zumeilgehenden gesetzlichen Maßnahmen auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung zu zeteren. Neuerdings sind es die Sicherheitsmännerwahlen, die im vorigen Monat auf den Schlessischen Kohlen- und Kokswerken stattfanden und für den Bergarbeiterverband ein überaus günstiges Resultat zeitigten, die den ganzen Zorn des Blattes erregen. Es schreibt: „Bei unseren gesetzgebenden Faktoren scheint noch immer kein Verständnis dafür vorhanden zu sein, auf welcher abschüssigen Bahn wir uns mit fast allen neueren sozialpolitischen Gesetzen befinden. Alle Warnungen der im praktischen Leben stehenden Vertreter der Großindustrie werden bekanntlich als unberechtigte Bremsversuche in den Wind geschlagen. Und bis Ende August muß auf allen Bergwerken die Wahl der Sicherheitsmänner vor sich gehen. Da werden sich wahrscheinlich derartige Jubelhymnen (Besprechungen des Wahlausfalls in der „Breslauer Volksmacht“ und der „Bergarbeiterzeitung“ d. Red.) in den nächsten Wochen häufen! Sollte jede derartige sozialdemokratische Siegesmeldung den bekannten weltfremden Ideologen nicht doch etwas an die Nieren gehen?“

Kommunales.

Gemeindevahltag. Bei der Gemeindevahl in Oberstadt bei Darmstadt ist es unseren Parteigenossen gelungen, drei Kandidaten durchzubringen.

Aus dem Gerichtssaal.

Wenn man Graf ist. Der Hauptmann Graf Pfeil vom Infanterie-Regiment Nr. 129 wurde vom Kriegsgericht der Kommandantur Berlin von der Anklage des Diebstahls von Zeitungen, begangen in einem Cafe in Graudenz, freigesprochen. Bezüglich der dem Grafen zur Last gelegten vorläufigen Mißhandlung seiner zweiten Gattin erkannte das Gericht auf Einstellung des Verfahrens, weil nur einfache Mißhandlung vorliege und der dafür erforderliche Strafantrag fehle. Wegen vorschriftswidriger Behandlung von Untergebenen wurde Graf Pfeil zu fünf Tagen Stubenarrest verurteilt.

Aus Nah und Fern.

Verhaftung von Expreßlern. In Zoppot verhaftete die Polizei drei elegant gekleidete jugendliche Expreßler in der Wohnung einer älteren Dame, die am Sonntag aus Breslau als Kurgast eintraf. Die Wurschen sind anscheinend Mitglieder einer internationalen Expreßerbande; sie nahmen der Dame in den letzten Jahren unter fortgesetzten Todesdrohungen 12 000 Mk. ab. Die Bande war der Dame von Breslau gefolgt.

Der Alkohol. Vier junge Leute waren in angetrunkenem Zustande von Jlmennau nach Langenwieschen gegangen und hatten sich in einem Chauffee Graben schlafen gelegt. Nur einer von ihnen und zwar der Glasbläser Schneider wachte und feuerte plötzlich anscheinend im Säufere wahn Sinn aus einem Revolver Schüsse auf den Glasbläser Kleemann ab. Einem zweiten Schlafenden brachte er zwei Schüsse hinterm linken Ohr bei. Der Täter schoß sich dann selbst eine Kugel in den Kopf. Alle drei wurden ins Krankenhaus gebracht.

„Gedöhlliche“ Untersuchungsgefängene. In Dortmund wurde am Montagabend der mit dem Personenzug von Hagen dort eingetroffene Gefängeneisenbahnwagen aus Rölln, in dem sich sechs Untersuchungsgefängene für die Gerichte in Essen und Bochum befanden, mit der Rangierlokomotive so heftig abgestoßen, daß mehrere Gefängene infolge Anpralls schwer verletzt wurden. Besonders gefährliche Verletzungen erlitt der 38 Jahre alte Gefängene Bergmann Jakob Betru, der in das Krankenhaus überführt werden mußte. Für „bessere“ Gefängene sind selbstverständlich bessere Transportmittel da.

Während einer Schießübung der Batterien des Forts Monroe (Virginia) wurde der Verschluß eines Geschützes hinten herausgeschleudert. Zehn Artilleristen wurden getötet, zwei schwer und fünf leicht verletzt.

Erstickt. In der Simmor East Deep Mine sind durch Gasbildungen infolge Entzündung einer Kiste Gelatine 13 Eingeborene erstickt. 13 Weiße und 76 Eingeborene wurden ins Hospital gebracht.

Ein schweres Sittlichkeitsverbrechen verübte in Warden die 19jährige Knecht des Landwirts W. Müller. Er lockte das 4-jährige Töchterchen (I) seines Dienstherrn in den Wald, verging sich in schwerster Weise an ihm und verletzte das Kind durch Stiche in den Unterleib. Es ist fraglich, ob das Kind mit dem Leben davonkommen wird. Der Knecht wurde verhaftet und in das Einbcker Gefängnis eingeliefert.

Familientragödie. Ein von seiner Gattin getrennt lebender Kaufmann in Rom namens Serrabafalco tötete durch Revolverschüsse nicht nur den Bruder seiner Frau, einen Geistlichen, sondern auch den eigenen Vater und seinen Bruder. Die Frau entfloh, doch ihr Mann eilte ihr nach und erschloß sie. Dann beging er Selbstmord.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 21. Juli. Auftrieb 1567 Schweine. Markt langsam. Überhand 76 Stück. Es wurden gezählt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 64,00 bis 64,50 (51.— bis 51,50) Mk. Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 64,00 (— bis 51.—) Mk. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 65,00 bis 66,50 (50,50 bis 52.—) Mk. Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 65,50 bis 67.— (51,00 bis 52,50) Mk. Geringere Ware, Tara 24 Proz., 60,00 bis 64,00 (45,50 bis 48,50) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 60,00 bis 62,00 (48,00 bis 49,50) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 64,00 bis 60,00 (42,00 bis 47,00) Mk. Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: J. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

HOLSTENHAUS

G. M. B. H.
LÜBECK

Täglich frisches
Schwarzbrot 42 Pf.
ca. 5 Pfd. schwer

Feinbrot 42 Pf.
ca. 3 Pfund schwer

Infolge günstigen Abschlusses mit einer Großbäckerei bringen wir von morgen ab vorzüglich ausgebackenes Brot, aus bestem Rohmaterial hergestellt, zum Verkauf.

Rotkohl große feste Köpfe 20 und 15 Pfg.

Johannisbeeren Pfund 11 Pfg.

Tomaten Pfund 24 Pfg.

Zitronen Dutzend 52 Pfg. und 42 Pfg.

Schnabelerbsen Pfund 14 Pfg.

Frischobst-Marmelade oder
Pflaumenmus 5-Pfd.-Eimer 1 Mk.

Himbeersaft 1/4 Fl. 95 Pfg., 1/2 Fl. 60 Pfg.

Johannisbeersaft 1/4 Fl. 95 Pfg., 1/2 Fl. 60 Pfg.

Erdbeersaft 1/4 Fl. 1.18, 1/2 Fl. 62 Pfg.

Zitronensaft 1/4 Fl. 1.20, 1/2 Fl. 65 Pfg.

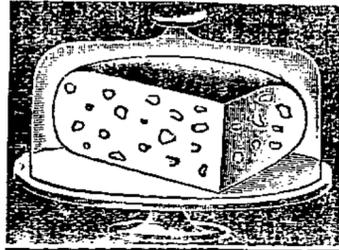
Margarine Holsten prima Pfd. 55 Pf.
Holsten extra Pfd. 63 Pf.
Holsten Perle Pfd. 72 Pf.

Puddingpulver, Rotegrützpulv.
Vanillezucker, Salizyl . . . 10 Pakete 48 Pf.

HOLSTENHAUS

G. M. B. H.
LÜBECK

Uhren u. Goldwaren
Trauringe 333 u. 585 gest.
anerkannt billig bei
Ernst Gentzen, Uhrm.,
Königsstr. 62, b. d. Dürst.
Geben rote Rabattmarken



Alten pikanten
Tilsiter Vollfett
Pfund 65 Pfg.
Hans Wegener,
Obere Wahnstr. 10.

Prima frisches Kopf und Bein per Pfund 20 Pfg.
Pa. Schweinefl. Bratenst. Pfd. 70 Pf. Ger. Schweinebacken Pfd. 75 Pf.
frische, dicke Blumen 70 " Rollschultern 80 "
weiß. Schmalz per Pfd. 85 " Fetten u. mag. Speck Pfd. 90 " 85 "
bei Abnahme v. 4 Pfd. p. Pfd. 80 " bei Abn. von 4 Pfd. p. Pfd. 85 "
Fernspr. 1874. **M. Lahrtz**, Wurstfabrik, Böttcherstr. 16.

Auf dem Burgfeld in Lübeck.

Ab Sonnabend, den 23. Juli 1910: Täglich große außergewöhnliche
Künstler - Vorstellungen
des Kapitäns J. Strohschneider aus Wien
mit seiner erstklassigen Künstlertruppe. Als Schluß einer jeden Vorstellung:
Auftreten des „Königs aller Zirkusartisten“ auf dem 80 Fuß hohen
Drahtseil, an dem die unglaublichsten Produktionen von Damen und
Herren ausgeführt werden.
Anfang an Wochentagen 8 1/4 Uhr abends, Sonntag und Mittwoch nach-
mittag 4 Uhr und abends 8 1/4 Uhr. Alles Nähere sagen die Plakate.
Zu diesen außergewöhnlichen Vorstellungen ladet ergebenst ein
Dochachtungsvoll
Kapitän J. Strohschneider.

Betten, Bettfedern
u. a. **Betten-Artikel**
kaufen Sie billig und reell bei
Markt Otto Albers Kohlmarkt
4. 10.
3. B. kompl. Betten v. 12.50 Mk. an.
Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mk.
Rote Lubeca-Marken.



Fahrrad- und
Nähmasch. - Rep. - Werkst.
Alle Fabrikate werden fachgemäß u.
billig ausgeführt unter prompter Be-
dienung. Email, Bernrd. bill. u. gut.
Carl Heynert, Lübeck,
Moiel. Alter Ga. Fernspr. 352.

Metallarbeiter - Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.
Sonntag, den 24. d. Mts.,
nachmittags 4 Uhr:

Versammlung
in Schlutup
bei Freese, Gasthof z. Linde.
Treffpunkt der Lübecker Kollegen
2 1/2 Uhr Geibelplatz.
Die Ortsverwaltung.

Verein f. Gesundheitspflege
Ausflug
nach Mölla (Vossberg).
Sonntag, den 24. Juli:
Abfahrt 1.40 Min. v. Hauptbahnhof.
Fahrkarten für Mk. 1.50 am Schalter
zu lösen.

Zentralverband der
Zimmerer
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Sonntag, dem 24. d. Mts.
nachmittags 5 Uhr
in **Schlutup.**
Tagesordnung:
1. Bericht über die Verhandlung
mit dem Arbeitgeberverband.
2. Verschiedenes.
Um recht zahlreiches Erscheinen
ersucht
Der Vorstand.



Abmarsch zum Kreisturn-
fest in Kiel
am Sonnabend, dem 30. Juli,
nachm. 5 1/2 Uhr,
vom Vereinslokal.
NB. Dasselbst am Sonnabend,
dem 23. Juli, Entgegennahme der
Quartier-, Fest- und Fahrkarten.
Alle Festteilnehmer müssen er-
scheinen.
Der Turnwart.

Freie Jugend Lübecks.
Sonntag, den 24. Juli 1910,
von nachmittags 4 Uhr ab:
Spiele im Volksgarten.
Der Ausschub.

Variété Universum
Beckergrube 44.
Sonnabend, den 24. d. Mts.
Gr. Eröffnungsvorstellung
im renovierten Lokale.
Die Polin ist wieder da, genannt
das Legasmädel, dazu 2 Komödien.
L. Puls.

Öffentliche politische Versammlung
Achtung!
Schlutup u. Umg.

Sonnabend, den 23. Juli 1910,
abends 8 1/2 Uhr
Große öffentliche
Volksversammlung

im Saale des Gasthauses
Zur Post in Schlutup.
Tages-Ordnung:
1. Die politische Lage.
Referent: Parteisekretär
W. Bromme, Lübeck.
2. Diskussion.
Einwohner Schlutups, Arbeiter und
Arbeiterfrauen, erscheint in Massen
in dieser Versammlung!
Der Einberufer:
J. Kähler, Sophienstraße 6.

Arbeiter-Radf.-Verein Lübeck
Tour nach Hamburg-Altona
am Sonntag, dem 24. Juli 1910
Abfahrt 4 Uhr morgens
vom Lindenplatz.
Fahrwart I. Der Vorstand.

Stadthallen - Theater.
Sonnabend 8 Uhr. Außer Ab.
Jeder Platz 50 Pfg.
Die berühmte Frau.
Lustspiel in 3 Akten.
Sonntag 7 1/2 Uhr. 47. Ab.-Vorft.
Gastspiel **Willi Bonin.**
Der Zigeunerbaron.
Operette in 3 Akten v. Strauß.
Barintag — — Willi Bonin.

Hansa-Theater.
Sonntag, 24. Juli. 8 Uhr.
Gastsp. des Stadth.-Ensembles.
Liebelei.
Schauspiel in 3 Akten v. Schnitzler.
Im Anfang:
Die Schulleiterin.
Lustspiel in 1 Akt von E. Nohl.
Horverf. b. F. Sager, Koglm.

TURU
STIEFEL
Jedes Paar
Specialmarke 7 25 M
Original
Goodyear Welt 9 50 M
Alfred Fränkel
Gom.-Ges.
Lübeck
Breitestr. 49.
Verkaufsstellen in
allen größeren
Städten Deutschl.

Reparatur, billig u. gut
Federneinsetzen 1.50 Mk.
Reinigen . . . 1.50
Glas 0.50
Uhr-
G. Reese, macher
Düggstraße 22-24.

Holsten - Automat
G. m. b. H. Holstenstr. 14.
Warme und kalte Speisen.
Feinste belegte Brötchen 10 Pf.
Helles und dunkles Bier 10 Pf.
Fremden und hiesigem Publikum
besonders empfohlen.
Fr. Brockstedt, Geschäftsführer.